№ 579
B 287
Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 7. Dezember 1923

# Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Milliarden

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (u. Anzeigenteil): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

# England gegen den Schutzzoll.

## Die englischen Wahlen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 7. Dezember.

**Die Meldungen, die bis heute früh 6 Uhr vorlagen, bringen das Ergebnis der Wahlen in dem größten Teil der Städte in England und Wales und für einige Landbezirke aus England und Schottland. Von 615 Abgeordneten sind 256, und zwar mit folgenden Eingelergebnissen bisher festgestellt:**

**100 Konservative (Verlust 38),**
**63 Liberale (Gewinn 16),**
**97 Arbeiterparteiler (Gewinn 22)**
**und 4 Unabhängige.**

Die Einzelergebnisse der ohne nennenswerte Störung verlaufenen Wahl erbrachten für alle Parteien sehr empfindliche Personenverluste. Von der Regierungspartei selbst ist der Arbeitsminister Barlow, ein Unterstaatssekretär und der Chef des Parteibüros Admiral Hall geschlagen worden. Von den Liberalen wurden Churchill und Sir Alfred Mond durch die Arbeiterpartei geschlagen. Von den Arbeiterparteilern verlor Henderson sein Mandat, Lady Astor wurde in Plymouth gewählt und eine Kandidatin der Arbeiterpartei im Osten Londons.

Die Mandatsverluste der Konservativen ereigneten sich größtenteils in Nordengland. In der Freihandelsschutzzollstadt Manchester gewannen die Liberalen fünf Sitze, in Liverpool zwei und drei weitere Sitze im Kreise Lancashire. Die Verluste der Konservativen an die Arbeiterpartei verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf das ganze Land. Soweit ein Urteil möglich ist, hat die Regierungspartei alle Sitze, die sie bei den letzten Wahlen mit knapper Mehrheit gegen Liberale oder Arbeiter behauptet hatte, jetzt verloren.

Wiedergewählt wurden u. a. die Konservativen Hoare und Lord Eustace Percy, die Arbeiterführer Trevelyan und Ponsonby; neugewählt wurde in Manchester die Liberale Masterman.

*

Wenn die konservative Partei von den zur Stunde noch ausstehenden 390 Wahlergebnissen nicht noch eine Anzahl Mandate gewinnt und keines mehr verliert, so ist die absolute Mehrheit über die anderen Parteien des Hauses verloren. Der Schutzzollkurs, für den die Konservativen zu Felde gezogen sind, scheint aber nach dem bisherigen Ergebnis schon nicht mehr realisierbar. Auch die vereinigten liberalen Parteien haben mit den gewaltigen finanziellen und rednerischen Anstrengungen, um die Arbeiterpartei aus ihrer Stellung als derjenigen der stärksten Opposition zu verdrängen, bisher keinen großen Erfolg gehabt. Die Arbeiterpartei behauptet offenbar ihre Stellung, und zwar nicht nur mit ihren früheren Mandaten, sondern auch mit zahlreichen neugewonnenen Sitzen.

## Die Verkündung der Ergebnisse.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 7. Dezember.

In London, das sich gegen 9 Uhr abends in dichten Nebel hüllte, war eine 100 000köpfige Menschenmenge im Freien, um die Wahlresultate zu erfahren. Die Arbeiterschaft vom Süden und Osten Londons hatte sich auf dem Trafalgarsquare, die Stätte von so mancher Konferenz, versammelt. Viele Arbeiter, die durch zahllose Knarren jeden einzelnen Sieg der Konservativen oder Liberalen mit tiefem Gedrumm und Gestöhne bekundeten, drängten sich auf dem Platze. Straßenverkäufer boten Früchte, Konfetti, Nüsse und gebratene Maronen an.

Die Wahlresultate wurden gleich mit dem Lautsprecher und durch große elektrische Signallichter verkündet. Während am Trafalgarsquare die radikale Arbeiterschaft inmitten einer lustigen Konferenz die Wahlresultate abwartete, versammelte sich wenige hundert Schritte entfernt vor dem Gebäude der „Daily News" die elegante Klubwelt im Piccadilly-21-Zirkus. Mit denselben Knarren und demselben fröhlichen Lärm wurden die Erfolge der Konservativen begrüßt. In der Nähe des Hydepark, in der Oxfordstreet, zwischen den beiden großen Gebäuden des Warenhauses Selfridge, war die dritte Versammlung. Auch hier wurden die Siege der Arbeiterpartei mit Lärm aufgenommen, am lebhaftesten jedoch der Sieg eines Liberalen über den indischen Kommunisten Soklatlakava begrüßt, den einzigen Farbigen, der im vorigen Unterhaus vertreten war und nun wieder aus den heiligen Hallen von Westminster vertrieben wurde.

## Paris in Spannung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 7. Dezember.

Die politisch interessierten Kreise von Paris erwarten den Ausgang der englischen Wahlen mit ungeheurer Spannung, weil Rückwirkungen auf die innere Lage in Frankreich für möglich gehalten werden. Ein Wahlsieg Baldwins würde die Stellung Poincarés wenigstens vorübergehend befestigen, weil Poincaré in den letzten Wochen offen bemüht war, dem englischen Ministerpräsidenten auf jede Weise entgegenzukommen und ihn als gegebenen Partner für Verhandlungen über ein französisch-englisches Einvernehmen auf breiterer Grundlage hinzustellen. Sollte Lloyd George dagegen aufs neue zur Macht gelangen, so würde Poincaré aller Voraussicht nach zurücktreten müssen, um Loucheur oder Briand die Wiederaufnahme der englisch-französischen Verhandlungen von Cannes zu ermöglichen. Die Pariser Morgenblätter erklären auf Grund der ersten Wahlergebnisse den Sieg der Liberalen und der Arbeiter für wahrscheinlich.

# Der Kampf gegen die Obstruktion.

## Der Fraktionszwang der Sozialdemokraten.

Im Reichstag, wo heute keine Plenarsitzung abgehalten wird und nur einzelne Fraktionsvorstände tagen, konzentriert sich alles Interesse der Parteien auf die morgige Gesamtabstimmung über das Ermächtigungsgesetz.

Alle Mittelparteien und auch die Sozialdemokraten haben ihre von Berlin abwesenden Fraktionsmitglieder telegraphisch aufgefordert, unter allen Umständen nach Berlin zu kommen und an der morgigen Abstimmung teilzunehmen. Man erwartet, daß von den 97 Abgeordneten, die gestern gefehlt haben, mindestens die Hälfte am Sonnabend zur Stelle sein wird, und hofft zuversichtlich, daß es gelingen wird, trotz der Obstruktion der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der Kommunisten die Beschlußfähigkeit des Reichstages zu sichern.

Sie wäre schon gestern vorhanden gewesen, wenn nicht mehr als 20 sozialdemokratische Abgeordnete, die im Reichstag anwesend waren, sich vor der Abstimmung aus dem Saal entfernt hätten. Die sozialdemokratische Fraktion, die sich zu der Bewilligung des Ermächtigungsgesetzes entschlossen hat, um die Auflösung des Reichstages zu vermeiden, will jetzt auch die Folgerung daraus ziehen, das Ermächtigungsgesetz unter allen Umständen durchzubringen. Am Dienstag hatte die sozialdemokratische Fraktion die Freigabe der Abstimmung insofern beschlossen, als den Mitgliedern, die gegen das Ermächtigungsgesetz waren, freigestellt wurde, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Da aber durch diesen Beschluß die parlamentarische Durchbringung des Ermächtigungsgesetzes gefährdet wird, ist die Fraktion gestern zu einem andern Beschluß gekommen, nämlich den, **Fraktionszwang zu üben.** Dieser Beschluß lautet

> Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung unauffällig fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt wird.

Das bedeutet, daß nunmehr auch die Gegner des Ermächtigungsgesetzes innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gehalten sein werden, am Sonnabend an der Gesamtabstimmung teilzunehmen. Schon durch diesen Fraktionszwang der Sozialdemokraten allein ist die Erreichung der beschlußfähigen Anwesenheitszahl am Sonnabend sehr wahrscheinlich geworden.

*

Der „Vorwärts" teilt mit, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Wilhelm Hoffmann-Schmargendorf, gestern bei den namentlichen Einzelabstimmungen gegen das Ermächtigungsgesetz geftimmt hat. Die Fraktion hat daraus die Folgerung gezogen, den Abgeordneten Hoffmann aus der Fraktion auszuschließen.

## Der Verkehr über Offenburg.

Die Wiederaufnahme des **Eisenbahnverkehrs nach der Schweiz über Offenburg** steht nach einer Meldung der „Basler Nationalzeitung" unmittelbar bevor.

# Baldwins Mißerfolg.

England hat sich seit dem Waffenstillstand bereits zum drittenmal den Luxus von Neuwahlen geleistet. Den Wahlkampf von 1918 gewann Lloyd George im Zeichen des Siegs und unter der Parole „Hängt den Kaiser". Im Jahre 1922 hatte er persönlich und sachlich so gründlich abgewirtschaftet, daß man glaubte, er werde nie wieder eine Rolle im öffentlichen Leben Englands spielen. Bonar Law, der kanadische Schotte, der kühle Geschäftsmann, der ehrliche geradlinige Politiker, so ziemlich in allen Stücken den Gegenbeispiel der Art Lloyd Georges, übernahm das Erbe des Walliers: Arbeitslosigkeit im Innern und mühsam verschleierte Niederlagen in der Orientpolitik und in der Reparationsfrage. Die Konservativen erzielten unter seiner Führung einen klaren Wahlerfolg und damit schien auch die Wiederkehr des in Jahrhunderten erprobten Rotationssystems der historischen Parteien gesichert. Freilich trat zum erstenmal die Arbeiterpartei an die Spitze der Opposition. Die Liberalen, durch den Gegensatz zwischen Lloyd George und Asquith gespalten, blieben hinter der radikalen Partei zurück, die aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung durch den starken Zustrom endsächsischen fortschrittlicher Elemente aus dem Bürgertum und der Intelligenz herausgetreten war. Neben Ramsay Macdonald traten in ihren Reihen alte Radikal-Liberale wie Trevelyan, Ponsonby, Morel in den Vordergrund. Die Erwartung, daß die konservative Mehrheit eine lange Dauer der konservativen Herrschaft sichern werden, schien um so berechtigter, als die Opposition in drei Gruppen zerfiel, und die persönlichen Gegensätze vollens jedes Zusammenwirken erschwerten. Auch der durch Krankheit erzwungene Rücktritt Bonar Laws bedeutete keineswegs eine Einbuße für die regierende Partei, zumal bei der Entscheidung über die Nachfolgerschaft Lord Curzons, der unpopulärer, der die älteren Rechte da gehabt hätte, zugunsten des allgemein beliebten Baldwin, des besten Typs eines wohlhebenden Bürgers mit gepflegter Tradition, zurücktrat.

Um so überraschender wirkte es im Ausland, als Baldwin sich Ende November entschloß, binnen kürzester Frist Neuwahlen anzubernumen. In den Vordergrund stellte er den Zusammenhang zwischen Reparationskrise und Arbeitslosigkeit, wobei er als Notwehrmaßnahme gegen den Versuch, deutsche Reparationsleistungen durch forcierte Ausfuhr nach Großbritannien zu ermöglichen, die Einführung von Schutzzöllen empfahl. Die Schutzpartei sollte zugleich die Arbeitslosen beruhigen und für die Außenpolitik eine Waffe schaffen. Denn offenbar war die tiefere Ursache für den Entschluß, an das Volk zu appellieren, die Mißstimmung weiter Kreise des englischen Volkes über die Unwöglichkeit, dem französischen Vordringen in Mitteleuropa und dem beginnenden Wettrüsten zu beiden Seiten des Kanals Einhalt zu gebieten.

Wider Erwarten gestalteten sich schon die Wahlvorbereitungen ungünstig für die regierende Partei, obwohl diese den Vorsprung hatte, die Auflösungsabsichten rechtzeitig zu kennen. Lloyd George, der totgeglaubte, war aus Amerika neu geboren zurückgekehrt. Man hat auf dem Kontinent kaum beachtet, wie beispiellos groß der Erfolg der amerikanischen Reise Lloyd Georges gewesen ist. Er wurde in Amerika aufgenommen, wie kaum je der gefeiertste Sohn des eigenen Landes. Und seine Reden, diese impetiosen und impulsiven Aeußerungen eines Demagogen von hinreißender Schlagkraft und feinnerviger Einfühlungskunst in die Stimmungen und Bedürfnisse der Massen, wurden von Millionen dank dem Radio-Wunder gleichzeitig vernommen und aufgenommen. Mit Amerika im Rücken, dem Machtfaktor, auf dessen Hilfe die englische Politik bei dem Versuch, die europäische Lage wieder zu ihren Gunsten zu wenden, alle Hoffnung setzt, war Lloyd George mit einem Male wieder ein Machtfaktor. Dazu kam, daß der sehnliche Wunsch der Liberalen im Land erfüllt wurde: Asquith, der alte Führer, den Lloyd George 1916 durch einen knock out blow aus der politischen Arena geboxt hatte, reichte dem alten Feind die Hand zur Versöhnung und die Liberalen zogen vereinigt in den Kampf. Die Arbeiterpartei, die man durch Geldmangel gelähmt glaubte, entfaltete gleichfalls eine unerwartete Rührigkeit. Schließlich erwies sich wieder einmal, daß die Schutzzollparole auf so starke gefühlsmäßige und wirtschaftliche Widerstände stößt, daß die konservative Partei nicht einmal ihre eigenen Anhänger vollzählig um diese alte Fahne zu versammeln vermochte. Der Zustrom der ehemaligen Koalitionskonservativen, die im vorigen Jahr noch für Lloyd George gestimmt hatten, wurde durch den Verlust der Schutzzollgegner mehr als ausgeglichen.

Das Wahl-Ergebnis liegt erst teilweise vor, und man wird sich hüten müssen, schon jetzt Schlüsse ziehen zu wollen. Die Landbezirke fehlen noch, die vielleicht das bisherige Bild noch wesentlich korrigieren werden. Immerhin scheint es, als ob die Regierungspartei einen ernsthaften Rückschlag erlitten habe. Es ist sogar wahrscheinlich, daß sie die absolute Mehrheit im Unterhaus verliert. Jedenfalls hatte die Schutzzollparole einen völligen Mißerfolg. Selbst wenn es noch einmal eine konservative Mehrheit gäbe, so wäre, da etwa 10 konservative Schutzzollgegner gewählt sein dürften, ganz unmöglich, die Schutzzollpläne durchzuführen. Damit ist wohl auch Baldwin selbst erledigt.

Völlig offen ist die Frage, was eventuell an seine Stelle treten soll. Die Möglichkeit einer Koalition zwischen Liberalen und Arbeiterpartei ist nicht ausgeschlossen, aber sehr gering. Eher noch könnte mit einer „konservativen-liberalen Paarung" gerechnet werden. Jedenfalls haben die Neuwahlen in England die politischen Schwierigkeiten nicht vermindert, sondern eher zugespitzt. Der Arbeiterführer Thomas hat sich als zutreffender Beurteiler der Verhältnisse erwiesen, als er einen unentschiedenen Ausgang vorhersagte. Nach seiner Angabe muß mit der Möglichkeit erneuter Wahlen binnen weniger Monate gerechnet werden. Das würde bedeuten, daß die außerpolitische Aktivität Englands mehr als jetzt einschrumpfen müßte.

Ueberhaupt wird man in Deutschland gut tun, die englischen Wahlen nicht vorwiegend unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wer stimmungsgemäß als „deutschfreundlicher" gelten könnte: Baldwin oder Lloyd George. Baldwin hat im Wahlkampf sich als Anhänger der Entente bezeichnet und nur die Einschränkung gemacht, daß er zuerst proenglisch und dann erst proeuropäisch sei. Einige Gesten Poincarés sind so gedeutet worden, als ob dem französischen Ministerpräsidenten daran liege, die konservative Partei in England am Ruder zu erhalten. Auf der anderen Seite hat die Rothermere-Presse, die den Geist und die Tradition Northcliffes fortsetzt, gegen Baldwin Stellung genommen, mit der Erklärung, der liberale Lord Grey sei ein besserer Ententefreund als Lord Curzon.

Deutschland hat keinen Grund, auf die liberale Karte Hoffnungen zu setzen oder den Konservativen zuzutrauen, daß sie aus Liebe zu Frankreich etwas tun oder unterlassen würden. Darin sind alle englischen Parteien gleich. Sie sind vor allem englisch, nur englisch. J. E.

## Ein neues Wahlgesetz.

Wie man aus dem Reichstag mitteilt, wird in den maßgebenden parlamentarischen Kreisen beabsichtigt, dem Reichstag alsbald, jedenfalls vor den kommenden Neuwahlen, ein neues Wahlgesetz zu unterbreiten. Es handelt sich dabei vorwiegend um wahltechnische Fragen. Insbesondere spielt die Abkürzung der Wahlfrist eine entscheidende Rolle, da wir unter den heutigen Verhältnissen monatelange Wahlkämpfe mit all ihrer Zerrüttung, vor allem aber im Hinblick auf ihre schweren Rückwirkungen auf die gesamte politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands nach innen und außen nicht werden ertragen können.

## Privatisierung der Eisenbahnen?

Ein neuer Vorstoß der Schwerindustrie.

Wie die „Berliner Volks-Zeitung" aus guter Quelle erfährt, hat Hugo Stinnes zusammen mit Klöckner, Pöpler und Dr. Silberberg einen Plan zur Begründung einer privaten Reichseisenbahn-Betriebsgesellschaft ausgearbeitet. In einer Konferenz mit den Großbanken soll das Projekt in einzelnen erörtert worden sein, und gestern soll sich auch der Reichswirtschaftsrat der deutschen Industrie damit beschäftigt haben. Der Grundgedanke des Planes ist derselbe, wie er schon früher von Stinnes und seiner Presse propagiert wurde: mit Rücksicht auf die schlechte finanzielle Lage der Reichsbahnen sollen die Bahnen in eine private Eisenbahn-Betriebsgesellschaft eingebracht werden, wogegen das Reich von den augenblicklichen Verbindlichkeiten aus dem Eisenbahnbetrieb befreit wird.

*

Wir müssen dem genannten Blatt vorläufig die Verantwortung für diese aufsehenerregende Meldung überlassen.

## Coolidges Botschaft.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 7. Dezember.

In seiner Botschaft an den Kongreß beschäftigt sich Präsident Coolidge nur in sehr kurzen Ausführungen mit der amerikanischen Außenpolitik. Die außenpolitischen Ausführungen des Präsidenten haben folgenden Wortlaut:

„Wir bekümmern uns um unsere eigenen Angelegenheiten. Wir schützen die Interessen unserer eigenen Bürger, aber wir lehnen durchaus nicht ab, anderen zu helfen, indem wir uns die Entscheidung über Zeit und Ort, sowie Mittel und Wege über die Hilfe vorbehalten."

Dann spricht er von der Schaffung eines Weltschiedsgerichtshofes, der in den Vereinigten Staaten gewünscht werde. Den dem Senat vorliegenden Antrag, daß die Vereinigten Staaten dem Haager Schiedsgericht ihre Unterstützung anbieten, bezeichnet er als einen neuen Plan. Der Präsident betont sodann, daß die amerikanische Regierung dem Handel mit Rußland kein Hindernis in den Weg legen werde, daß sie aber nicht gewillt sei, mit einer Regierung in diplomatische Beziehungen zu treten, die sich weigere, die internationalen Verpflichtungen anzuerkennen. Dann erklärte Präsident Coolidge, daß er **nicht für Streichung der Schulden der Alliierten** eintrete. Er habe aber keine Bedenken, diese Schulden auf dieselbe Art zu regeln, wie die englischen geregelt worden seien. Coolidge betonte ferner, daß die Regierung dahin gelangen müsse, daß die **Forderungen amerikanischer Bürger gegenüber Deutschland** in Höhe von 500 Millionen Dollar beglichen würden.

Dem amerikanischen Senat ist gestern ein Gesetzentwurf unterbreitet worden, der 20 Millionen Dollar für das amerikanische Hilfswerk in Deutschland beantragt.

## Die Vollmachten des Untersuchungsausschusses.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 7. Dezember.

Man nimmt hier an, daß die Repko in ihrer heutigen Sitzung nur laufende Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung erledigen wird und alle wichtigen Fragen bis auf weiteres zurückstellt. Der „Ere de Paris" berichtet, daß zwischen Poincaré und Barthou Meinungsverschiedenheiten wegen der Untersuchungsausschüsse bestehen. Poincaré halte möglichste Beschränkung der Kompetenzen dieser Ausschüsse für geboten, während Barthou ihre Zuständigkeit lieber erweitert sähe. Das Blatt teilt ferner mit, gegen die Kandidatur des französischen Finanzdelegierten Parmentier für einen der Untersuchungsausschüsse sei in Kreisen des Quai d'Orsay geltend gemacht worden, daß Parmentiers Mission in Amerika erfolglos gewesen sei. Der amerikanische Botschafter in der Repko habe jedoch betont, daß Parmentier persönlich in Amerika sehr gut gefallen habe, und daß der Mißerfolg seiner Mission nach Lage der Dinge von vornherein unvermeidlich war. Der amerikanische Botschafter soll geradezu erklärt haben, Amerika würde die Ernennung Parmentiers begrüßen. „Ere de Paris" deutet an, daß Parmentiers Ernennung Poincaré nicht angenehm wäre.

## Hilfsaktion des „Roten Kreuz".

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Genf**, 7. Dezember.

Die gemischte Kommission des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und der Liga der Rotkreuzgesellschaften hat einen Aufruf an alle Rotkreuzgesellschaften erlassen für eine Hilfsaktion für die von der wirtschaftlichen Krise heimgesuchte Bevölkerung Deutschlands. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat den Schweizer Obersten Wildbolz mit einer Untersuchung an Ort und Stelle beauftragt. Oberst Wildbolz ist bereits gestern abend nach Deutschland abgereist.

## Preußens Lebensmittelversorgung.

Landtagsrede Dr. Wendorffs.

In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtags trat zunächst Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff den Ausführungen des Abg. v. d. Osten über die Ursache des Kriegsverlustes entgegen. Nicht durch das Versagen des deutschen Volkes sei der Krieg verloren worden, sondern durch die Unzulänglichkeit der militärischen und politischen Leitung, die nicht rechtzeitig Frieden zu schließen wußte. (Lärm rechts.)

Die Regierung ist mit allen Kräften bemüht, der furchtbaren Not des Volkes zu steuern. Die Voraussetzung dazu ist die Währungsreform, die ja jetzt im Gange ist und schon zu einer gewissen Stabilisierung geführt hat. Wenn die Preise der Lebensmittel und Waren nicht in der dem Stand der Währung angepaßten Weise gesenkt werden, so wird die Staatsgewalt rücksichtslos gegen diejenigen vorgehen, die die Not noch durch Ueberpreise steigern. Gesunde Verhältnisse können erst eintreten, wenn die Einnahmen des Staates mit den Ausgaben in Einklang gebracht werden. Dazu muß die Steuerschraube angezogen werden. Ich habe manche Bedenken gegen die neuen Reichssteuern geäußert, aber man kann nicht sagen, daß bei der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft die Grenze des Erträglichen überschritten sei. (Widerspruch rechts.) Es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Landwirtschaft mit lächerlich kleinen Papiermarkbeträgen ihre Hypothekenschulden abstoßen konnte.

In der Fleischversorgung sind wir auf die verstärkte Einfuhr von Gefrierfleisch angewiesen. Sie wird sich jetzt nach der Besserung unserer Währung ermöglichen lassen. Geradezu verhängnisvoll ist die schlechte Nahrungsmittelversorgung des besetzten Gebiets. Hier kann erst Besserung erzielt werden, wenn endlich die Verkehrsverhältnisse verbessert werden. Der preußische Staat liefert auch in großen Mengen Holz zu ermäßigten Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Landwirtschaft hat trotz der in der Uebergangszeit schlechten Zahlungsmittel immerhin so viel Nahrungsmittel geliefert, daß ein mengenmäßiger Mangel in der Versorgung der Bevölkerung nicht eingetreten ist. Auf caritativem Gebiet hat der Aufruf des Staatsministeriums in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaftesten Anklang gefunden. Wir müssen aber mit aller Entschiedenheit der im Ausland verbreiteten Behauptung widersprechen, daß Preußen-Deutschland oder die deutsche Landwirtschaft bei gutem Willen allein aus eigener Kraft die Bevölkerung ernähren könnte. Schon vor dem Kriege war das nicht der Fall, und jetzt erscheinen wir die besten Ueberschußgebiete bei größerer Bevölkerungsdichtigkeit. Wir bedürfen eines großen Kredits, wir bedürfen auch der Liebestätigkeit des Auslandes für unsere Hungernden, vor allem für unsere hungernden Kinder. Wir appellieren von dem schlecht unterrichteten an das besser zu unterrichtende Ausland. (Beifall.) Wir wollen alle Hilfsquellen benutzen, um Deutschland in Kultur-land zu verwandeln und so auch unsern Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. (Beifall.)

**Unruhen in Mexiko.**

Reuter meldet aus New York, nach Meldungen aus Veracruz sind fünf mexikanische Staaten im offenen Aufstand gegen die Regierung Obregon.

**Die irische Anleihe überzeichnet.**

Reuter meldet aus Dublin, das Finanzministerium gibt bekannt, daß die Freistaatanleihe von 10 Millionen Pfund Sterling überzeichnet worden ist.

## Politisches.

Von

**Sling.**

Zu einer Diktatur gehört nicht nur ein starker Regent, sondern vor allem ein (wenn auch ungeordnetes) doch starkes Volk. Michelangelo war gewiß ein großer Bildhauer. Aber er modellierte nicht in Butter, geschweige denn in Margarine.

*

Eine der merkwürdigsten Tatsachen ist, daß die deutsche Politik in all ihrer Verworrenheit — also doch wohl auch Mannigfaltigkeit — vollkommen aufgehört hat, interessant zu sein. Ein Elefant auch im Nymphenburger Porzellanladen macht nur Scherben — kein Furore.

*

Die Hofmänner und Politiker Wilhelms des Zweiten sind dumm genug, ihre Memoiren herauszugeben, nur um zu beweisen, daß sie wenigstens klug waren. Daß sie zugleich beweisen, keine Männer gewesen zu sein, bemerken sie nicht. Wenn die Republikaner ihre Memoiren schreiben werden, wird sich vielleicht dasselbe Resultat ergeben.

*

Wenn Wilhelm die Wahrheit hätte hören wollen, wäre er vermutlich nicht um den Thron gekommen. Wer die Republik retten will, wird ihr die Wahrheit sagen müssen. Das Unglück Deutschlands ist, daß selbst die Feinde der Republik nichts zu ihrer Rettung beitragen. Sie sagen ihr die Unwahrheit. Die paar ehrlichen Republikaner, die die Wahrheit vielleicht sagen würden, kennen sie nicht.

*

Es gibt einige Frauen, die man lieb behält, auch wenn man sie persönlich kennenlernt. Bei politischen Dingen ist es nahezu unmöglich.

*

Wer recht hat, muß auch mal Erfolg haben, sonst hat er unrecht. In Deutschland haben (seien wir gerecht) alle Menschen von ihrem Standpunkte recht. Und keiner hat Erfolg.

*

Seit 1914 hoffen wir auf die Uneinigkeit unserer Gegner. Sie wird vermutlich in einem Augenblick Tatsache werden, wo wir nichts sehnlicher zu wünschen haben, als ihre Einigkeit.

*

Merkwürdig, früher waren die Menschen nach Anschauungen und Idealen geschieden. Heute wollen alle dasselbe: nämlich Geld, und nur über die Methode, es sich zu verschaffen, ist man verschiedener Ansicht.

*

So viele Menschen ich kennenlernte, ich begegnete nur einem einzigen, der den glühenden Ehrgeiz hat, in den Reichstag gewählt zu werden. Es ist ein wahrhaft erfinderischer und produktiver Geist. Ich schließe daraus zweierlei: 1. Man muß ein Original sein, um sich nach dem Reichstagssitz zu sehnen. 2. Im Reichstag sitzt kein Original.

*

Man kann es von einem Menschen, vielleicht von einem Dutzend Menschen verlangen, daß sie ihre Zeit und ihr Vermögen dem Wohle des Volkes opfern. Nicht von 500 Parlamentariern. Ich will diesen gar nicht vorwerfen, daß sie ihre Parlamentsmitgliedschaft als eine Gelegenheit zur Besorgung ihrer Privatgeschäfte bewußt mißbrauchen. Die Sache liegt viel schlimmer. Sie betrachten sich als Treppen, als Werkzeuge eines bestimmten Durchschnitts von abertausend Menschen, deren Interessen mit den ihrigen gleichlaufen. Daher der Durchschnitt.

*

Die militärische Hohe Schule wird vielleicht nicht mit Unrecht immer auch als eine Hohe Schule des Charakters gerühmt. Es ist kein Gegenbeweis, wenn dargetan wird, daß es einige Schüler gab, die auf dieser Schule nichts gelernt haben. Aber es ist ein Unglück, daß man sich an die Vorstellung gewöhnt hat, die Politik sei die Hohe Schule des Gegenteils von Charakter.

*

Trotz aller inneren Zerklüftung: wir verstehen uns alle gegenwärtig viel zu gut. Man braucht nicht viel Rednergabe, um heute einen Kommunisten, morgen einen Rechtsradikalen davon zu überzeugen, daß a) die reichen, b) die armen Leute irgendwie leiden müssen. So sind wir alle krampfhaft bemüht, das Wahre und Rechte zu suchen — und stehen erstaunt vor dem, was dabei herauskommt. Wir haben auch sehr unterrichtete und kluge Sachverständige. Könnte es schlimmer sein, wenn einer da wäre, der gar nichts verstände, der gar kein Organ für anders Gesinnte hätte — sondern nur das täte, was er gerade wollte — aber das auch täte, täte, täte?

*

Jeder Deutsche ist uneingeschriebenes Mitglied der Nationalliberalen Partei. Bis auf die eingeschriebenen Mitglieder. Diese hospitieren wo anders.

**Ein neuer Komet.** Auf der südlichen Halbkugel ist von dem Astronomen Reid am 1. Dezember ein neuer Komet nahe dem Sternbilde der südlichen Fische entdeckt worden. Der Komet ist vorläufig nur im Fernrohr sichtbar und bewegt sich in nördlicher Richtung am Himmel.

## Carducci und Mommsen.

Eine literarische Erinnerung.

Auf einem von der neugegründeten Zeitschrift „La Cultura" veranstalteten Vortragsabend hat jüngst, wie in der „Vossischen Zeitung" berichtet wurde, der hiesige italienische Botschafter Graf Bosdari die Persönlichkeit und das Schaffen seines genialen Landsmanns Giosuè Carducci einem literarisch interessierten Zuhörerkreise näher zu bringen gesucht. Der Dichter, dessen etwas schwerflüssige, kärnige Gedankenkraft selbst in seinem Heimatlande geringe Popularität genießt, ist in Deutschland, wie so manche andere aus- und auch inländische Berühmtheit viel genannt, aber wenig bekannt. Höchstens, daß Philologenkreise den ehemaligen Kollegen, der bis zu seinem Tode (1908) als Professor der italienischen Literaturgeschichte an der Universität Bologna wirkte, hier und da eine wärmere Teilnahme entgegenbringen.

Zu den frühesten Bewunderern von Carduccis Dichtungen gehörte, wie bei diesem Anlaß erinnert sein mag, einer großer Historiker Theodor Mommsen, der in jungen Jahren selbst eifrig den Pegasus getummelt und sich in den verschiedensten Dichtgattungen und Versmaßen versucht hatte. Das jetzt sehr selten gewordene „Liederbuch dreier Freunde", das er 1843 mit seinem Bruder Tycho Mommsen und mit seinem Jugendfreunde und Landsmann Theodor Storm herausgab, aber später aus dem Buchhandel zurückzog, enthält die urkundlichen Belege dafür. Mommsen schätzte an Carducci namentlich die hohe Originalität und die außerordentliche Sprachgewalt. Wie man weiß, hat der italienische Dichter in seinem „Odi barbare" — seiner eigenartigsten und eindrucksvollsten Schöpfung — mit glücklicherem Erfolge als zahlreiche Vorgänger in Italien und Frankreich den Versuch gemacht, die antiken Versmaße für die moderne Lyrik zurückzugewinnen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß von den neueren europäischen Sprachen, mit Ausnahme vielleicht der deutschen, keine vermöge der ihr eigentümlichen Akzentuierung für einen solchen Versuch in dem Maße geeignet ist, wie die italienische mit ihrer dem Lateinischen nahekommenden lapidaren Präzision und Kürze. Gleichwohl fanden Carduccis Bestrebungen bei seinen an den Wohllaut Tassos und Ariosts gewöhnten Landsleuten anfänglich nur wenig Anklang. Es entspann sich darüber eine jahrelange, mit großer Heftigkeit geführte Polemik, in der sich einige der begabtesten jüngeren Dichter Italiens, wie Chiarini, Stecchetti, d'Annunzio, auf Carduccis Seite stellten und durch die gelungene Anwendung, die sie in ihren Dichtungen von den klassischen Versmaßen machten, die Berechtigung seiner ästhetischen Neuerung erwiesen.

# Der Kanzler und die „Völkischen"

Der „Parlamentarische Dienst" der Zentrumspartei wiederholt angesichts der antisemitischen Hetze, die von deutschnationaler Seite gegen den Kanzler Marx betrieben wird, den Wortlaut eines Schreibens, das Marx in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zentrumspartei im September vorigen Jahres an den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens richtete:

„Sie haben mir die Frage vorgelegt, wie nach meiner Meinung die deutschen Katholiken die Tatsache beurteilen, daß von deutschvölkischer Seite in den letzten Monaten in ganz besonderer Weise sowohl gegen das Judentum als Religion wie auch gegen das Christentum Sturm gelaufen wird. Die Tatsache kann an sich nicht geleugnet werden. Es ist eine vielfach beobachtete Erscheinung, daß der Antisemitismus sich fast immer auch als eine Gegnerschaft gegen das Christentum, speziell gegen die katholische Konfession, entwickelt. Daß die starke Betonung des deutschen Volkstums in ihrer Anlehnung an den altdeutschen Götterkult immer mehr als eine antichristliche Bewegung hervortritt, kann ernstlich nicht mehr geleugnet werden. Wenn die „Brandenburgische Wacht" in ihrer Nummer vom 15. Juli d. J. meine Ausführungen im Reichstag, bei denen ich die von deutschvölkischer Seite angeregten Sonnenwendfeiern als antichristlich bezeichnete, glaubt damit widerlegen zu können, daß eine bei Gelegenheit einer Sonnenwendfeier in Berlin-Lichterfelde gehaltene Rede einwandfrei sein mag, so kann das natürlich nichts beweisen. Wenn kein Geringerer als Abgeordneter Dr. Düringer die vom politischen Antisemitismus getriebene Politik des Hasses und der Leidenschaft als mit den Grundsätzen des Christentums und der Humanität völlig unvereinbar bezeichnet, so sagt das wohl genug, paßt aber nicht weniger auch auf die Betätigung der deutschvölkischen Bestrebungen im allgemeinen. Die Katholiken lehnen jedenfalls den Antisemitismus als solchen grundsätzlich und bewußt ab. Sie halten sich kraft ihrer religiösen Ueberzeugung für verpflichtet, den Haß gegen Mitmenschen, mögen sie auch anderer Ueberzeugung sein als sie selbst, mit aller Entschiedenheit abzuweisen. Bei aller Betonung des Deutschtums und der Eigenart der deutschen Volksstämme lehnen sie die durchaus verkehrte und zur Zersplitterung des Volksganzen führenden Bestrebungen der deutschvölkischen Bewegung ab. Die Untersuchung wegen der Ermordung Rathenaus hat nach meiner Meinung den Beweis erbracht, daß dieser Mord im engsten Zusammenhang mit den deutschvölkischen Bestrebungen und der antisemitischen Hetze steht. Der Mord beweist meines Erachtens klar, daß eine mit derartig demagogischen Mitteln betriebene Volksaufhetzung, wie die antisemitische Bewegung, schließlich auch überspannte Köpfe zu Mordgedanken und Mordtaten anregt. Man sollte glauben, daß der Abgrund, den die stattgehabten polizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen gezeigt haben, für alle vernünftig denkenden Deutschen hinreichend Veranlassung gebe, die Bestrebungen des Antisemitismus als für das deutsche Volk geradezu verderblich zu erkennen. Ich glaube nicht, daß zu befürchten ist, daß weitere katholische Kreise der antisemitischen Agitation Folge geben werden. Sie würden damit meines Erachtens dem Grundgebote des Christentums, wenigstens durch die Tat, entgegenhandeln. Die vaterländisch gesinnten Juden dürfen im Kampfe gegen die antisemitische Hetze auf die Unterstützung des katholischen Volkes und auch der Zentrumspartei rechnen."

**Korfanty als Aufsichtsrat.**

In der Sejmsitzung vom 5. Dezember begründete Abgeordneter Miedzialowski einen Dringlichkeitsantrag der polnischen Sozialisten über die Berufung Korfantys zum Minister, die zur Verfassung im Widerspruch stehe. Der Antrag weist darauf hin, daß nach einer Meldung des „Monitor Polski" Korfanty in die Hohenlohesche Verwaltung berufen worden sei, und zwar nach seinem Eintritt in den Ministerrat, obwohl die Verfassung Ministern die Ernennung zu Aufsichtsräten und Verwaltungsleitern, die auf Erwerb ausgehen, verbiete. Der Antrag wurde der Verfassungskommission überwiesen.

# Neue Saar-Regierung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.**, 7. Dezember.

Nach einer Meldung der „Saarbrücker Zeitung" dürften bei der Erneuerung der Mandate für die Regierungskommission des Saargebiets der Präsident Rault, der Belgier Lambert sowie der neu in die Regierung eingetretene Kanadier Stephens wiedergewählt werden. An Stelle des Grafen Moltke-Huitfeld, der ausscheidet, soll ein Vertreter Norwegens, Spaniens oder Italiens in Aussicht genommen sein. Das größere Interesse bringt man im Saargebiet der Ernennung des saarländischen Regierungsmitgliedes entgegen. Es verlautet, daß Lord Robert Cecil an Stelle des Herrn Land, der vielfachem und berechtigtem Mißtrauen in der einheimischen Bevölkerung begegnet, drei andere Vertreter in Vorschlag gebracht hat, zwischen denen sich der Völkerbundrat zu entscheiden haben wird, nämlich den Vorsitzenden des Landesrats, Koßmann, den Abgeordneten Poehl, der der Liberalen Volkspartei angehört, und Dr. Brill. Die Wahl erfolgt voraussichtlich schon am 10. Dezember.

# Vorwärts Groß-Hamburg.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

**Hamburg**, 7. Dezember.

Die Hamburger Gewerkschaften haben schon nach den August-, noch stärker aber nach den Oktoberunruhen angekündigt, daß sie sich **politisch selbständig und von den bestehenden politischen Parteien unabhängig machen** wollten. Den ersten Schritt auf diesem Wege kündigte nunmehr in einer politischen Versammlung der Betriebs-, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenräte der Vorsitzende der Hamburger Gewerkschaften Ehrenteit an. Am 14. Dezember soll in Hamburg ein eigenes Gewerkschaftsblatt „Der Vorwärts Großhamburg" erscheinen, das die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vertreten soll. Ehrenteit führte weiter aus, daß man die Stunde der Aufstiegsmöglichkeit ungenutzt habe vorübergehen lassen. Heute nach fünf Jahren Kampf sehe sich die Arbeitnehmerschaft in der gleichen Lage wie nach dem Kriege. **Es müsse jetzt eine Atempause in der Lohn- und Streikbewegung eintreten, damit die Gewerkschaften erkennen könnten, auf wen Verlaß sei.**

# Bannfluch über den Hofmarschall.

Ehre und Wahrheitsliebe.

Uns geht folgendes Schreiben zu:

**Die unterzeichneten Offizierverbände haben von den in Buchform herausgegebenen Erinnerungen des ehemaligen kaiserlichen Hofmarschalls und königl. preuß. Majors der Res. a. D. Graf von Zedlitz und Trützschler mit Entrüstung Kenntnis genommen und erklären dazu:**

**„Das ganze Machwerk selbst sowie die Tendenz, die dem Buch zugrunde liegt, und die in ihm zum Ausdruck kommende niedrige** und treulose Gesinnung sind für einen Offizier der alten kaif. **Wehrmacht gegenüber seinem einstigen obersten Kriegsherrn unwürdig.**

Die unterzeichneten Offizierverbände rücken von einer Persönlichkeit, die eine so unehrenhafte Gesinnung öffentlich dokumentiert, ab. Der Buchschreiber hat aufgehört, Kamerad von uns zu sein."

Nationalverband Deutscher Offiziere. Deutscher Offizier-Bund.
Marine-Offizier-Verband. Reichs-Offizier-Verband.

# Gegen die Nationalsozialisten.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 7. Dezember.

Im Landtagsausschuß hat **Ministerpräsident v. Knilling** heute das Wort zu einer großen Rede ergriffen, in der er, so viel bis jetzt verlautet, gegen die Ausführungen der Sozialdemokraten in der Aussprache polemisierte. Die Krise hat er nur vorübergehend gestreift. Die Minister Schweyer und Matt sprachen sehr scharf gegen die Nationalsozialisten. Minister Matt kündigte einen Erlaß an, der sich **gegen die nationalsozialistische Agitation in den Schulen und die nationalsozialistische Betätigung von Lehrern und Schülern wendet.**

Zur Krise verlautet weiter, daß möglicherweise keine Veränderungen im Kabinett eintreten werden, daß also der Finanzminister Krausneck wiederum mit der Führung des Finanzministeriums betraut werden wird. Dr. Hergt, der Leiter einer hiesigen Bank, dem die Nachfolgerschaft Krausnecks angeboten war, soll abgelehnt haben.

In der gestrigen Sitzung hielt Müller-Meiningen eine Rede, in der er die Tätigkeit des Generalstaatskommissars kritisch beleuchtete. Er bemängelte die Tatsache, daß Herr von Kahr nicht nur eine exekutive, sondern auch eine legislative Tätigkeit ausübe, was staatsrechtlich ein unerhörter Zustand sei. Der Generalstaatskommissar sei dem Kabinett unterstellt, wie jede andere Behörde. Das Kabinett sei dem Landtage gegenüber auch für die Tätigkeit des Generalstaatskommissars verantwortlich. Das bedeutet also eine rechtliche Unterstellung des Generalstaatskommissars unter das Gesamtministerium. Die Art, wie man in Bayern den § 48 der Reichsverfassung auslege, sei ein unerhörter Mißbrauch. Er sei aber nicht, wie es Herr von Knilling in seiner Rede dargestellt hatte, schuld an den Konflikten zwischen Bayern und dem Reiche, sondern vielmehr die zwangsläufige Folge der Aufstellung des Generalstaatskommissars. Nicht nur die Ereignisse des 8. November, sondern vor allem auch die des 6. November, an dem Herr von Kahr mit den Führern der Kampfverbände verhandelte, müßten aufgeklärt werden, um so mehr, als es scheine, daß Herr von Kahr ziemlich weit mit den Verschwörern gegangen sei.

Dr. Held von der Bayerischen Volkspartei betonte, für ihn sei der Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche eine Folge der Nichtachtung berechtigter bayerischer Wünsche. Auch der Fall Lossow wäre nicht möglich gewesen, wenn man sich von Berlin aus mit der bayerischen Regierung ins Benehmen gesetzt hätte. Dr. Held gab zu, daß Kahr „im großen und ganzen" mit der Regierung zusammengearbeitet habe, und verlangte eine volle Liquidierung des Hitlerputsches mit allen Konsequenzen und voller Durchführung des Gerichtsverfahrens. Das Verhältnis zum Reiche sei eine Zukunftsfrage für die bayerische Regierung. Dr. Held forderte die Umgestaltung des Reiches auf föderalistischer Grundlage. Innerpolitisch könne seine Partei dem Antrage auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Generalstaatskommissariates nicht zustimmen.

Der deutschnationale Abgeordnete Hilpert nannte die Absetzung der Reichsregierung im Bürgerbräukeller eine „Narretei ohnegleichen". Gleichzeitig erklärte er aber, am Ende der deutschen Revolution werde nicht ein vom Parlament ernannter Diktator, sondern ein „Diktator kraft eigenen Rechtes" stehen.

Der Abgeordnete Städele, Bauernbund, erklärte, die Einsetzung des Generalstaatskommissars sei notwendig gewesen. Allerdings sei die Partei gar nicht befragt worden, wer Generalstaatskommissar werden sollte. Eine dauernde Einrichtung dürfe das Generalstaatskommissariat nicht werden.

# Die Organisation der „Regiebahn".

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Köln**, 7. Dezember.

Aus einer Unterredung mit dem Direktor der französisch-belgischen Eisenbahnregie Bréaud gibt der Vertreter der „Times" im besetzten Gebiet folgende Aeußerungen wieder: Herr Bréaud erklärte, daß die Verhandlungen mit den deutschen Behörden in einem sehr guten Geiste geführt worden seien. Die Deutschen hätten sich jedoch geweigert, formell die Regie als ein unabhängiges Bahnsystem anzuerkennen und Regiezüge auf den Linien des unbesetzten Deutschlands zuzulassen. Es sei jedoch ein Schritt zur Beseitigung der Gegensätze und zur Herbeiführung normaler Beziehungen getan worden durch die Errichtung deutscher Verbindungsstellen in Essen und Mainz. Die Reparaturwerkstätten in Dortmund, die für die Bedürfnisse der Bahnen außerhalb des besetzten Gebietes arbeiten, würden in deutsche Hände zurückgegeben werden. Der Berichterstatter entnimmt den Erklärungen Bréauds, daß die einzigen Züge, die zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland verkehren werden, vorläufig nur die von und nach Köln sowie die internationalen Züge sein werden, deren Wagen nicht Deutschland gehören. Die Regiebahnen werden weiterhin, soweit Deutschland in Frage komme, ein völlig gesondertes System bilden, das keinerlei Verbindung mit dem übrigen Gebiet habe.

*

Der Kreistag von Essen sandte an die Reichsregierung ein Telegramm, in dem dringend um Weiterzahlung der Erwerbslosenunterstützung aus Staatsmitteln gebeten wird, da Kreis und Gemeinden ohne Mittel seien.

**Aus dem Reichstag.**

An die Stelle des durch Mandatsverzicht aus dem Reichstage ausgeschiedenen Abgeordneten Seemann tritt der Gewerkschaftsbeamte Hermann Schulz (V. S. P. D.), Königsberg i. Pr. in den Reichstag ein.

**Die „Frankfurter Volksstimme" erneut verboten.**

Die „Frankfurter Volksstimme", das Organ der sozialdemokratischen Partei, ist, wie uns aus Frankfurt a. M. gedrahtet wird, durch den Kommandeur des Wehrkreises V wegen eines Artikels gegen die Reichswehr auf die Zeit vom 6. bis 8. Dezember erneut verboten worden.

**Die „Kölnische Zeitung" erscheint wieder.**

Vom 7. Dezember ab wird die „Kölnische Zeitung", die durch die Rheinlandkommission verboten war, wieder erscheinen.

**Neue Abkommen mit der Micum.**

Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf hat die Micum gestern ein Abkommen mit den Firmen Klöckner, Mülheimer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Herkules und Klosterbusch abgeschlossen, deren Gesamtproduktion sich nach der Meldung auf etwa vier Millionen Tonnen jährlich beläuft, und die etwa eine halbe Million Dollar Kohlensteuer zu zahlen haben.

---

Auch Mommsen, ein ebenso feiner wie scharfer Kritiker, hat dem italienischen Dichter das Zugeständnis gemacht, daß ihm die Erneuerung der antiken Metren, mit alleiniger Ausnahme etwa des sapphischen, über Erwarten geglückt sei, und hat dieser Anerkennung dadurch Ausdruck verliehen, daß er einige der charakteristischsten und gehaltvollsten unter den „Oden" in den Versmaßen des Originals ins Deutsche übersetzte — ein Versuch, an dem sich sein Schwiegersohn Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff beteiligte. Das kleine Heftchen, das im ganzen zehn Gedichte enthält, ist ohne Angabe von Autor, Verleger und Druckort erschienen und trägt bloß den Titel „Carducci, 24. Dezember 1879". Ursprünglich als Weihnachtsgabe nur einem kleinen Freundeskreise der Verfasser zugänglich, ist es später doch vereinzelt auch darüber hinaus bekannt geworden; heute dürfte es gleich dem oben genannten „Liederbuch" schon zu den bibliophilen Seltenheiten gehören. Der poetische Wert der einzelnen Uebertragungen ist ungleich, doch ist es an sich schon von nicht geringem Interesse, die beiden großen Philologen auch einmal von dieser Seite, als Verdeutscher eines modernen Dichters, kennen zu lernen.

So hoch Mommsen übrigens auch die literarischen Verdienste seines italienischen Kollegen schätzte, so wenig war er gesonnen, dessen übertriebener Empfindlichkeit und krankhafter nationaler Eitelkeit Zugeständnisse zu machen.

Man erzählt in dieser Beziehung eine amüsante Anekdote, die freilich die leidenschaftliche Abneigung des italienischen Dichters gegen den gran Teodoro erklärlich machen würde. Lessing hat in einer seiner Fabeln geäußert, daß die modernen Italiener nicht mehr Recht darauf hätten, sich Romulus-Enkel zu nennen, als die Aasfliegen, die sich aus dem Bauche eines toten Rennpferdes entwickeln, dieses als ihren Ahnherrn bezeichnen dürften. Mommsen, der zu Zeiten sehr bissig sein konnte, soll nun sarkastisch hinzugesetzt haben, es sei überhaupt erst noch zu untersuchen, ob besagtes Aas ein Gaul oder nur ein Esel gewesen sei. Man wird dem patriotischen Berserkerzorn, der den von nationalem Selbstgefühl verzehrten Dichter angesichts dieser Liebenswürdigkeiten ergriff, eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können. R. S.

**Aus der Akademie der Wissenschaften.** In der letzten Sitzung der physikalisch-mathematischen Klasse sprach Prof. Dr. G. Hellmann über „Physiognomie der Regen in der gemäßigten und in der Tropenzone". Die Regen sind in der gemäßigten Zone im allgemeinen häufiger und von längerer Dauer, aber weniger ergiebig als in der Tropenzone. Die Ursachen für dieses verschiedene Verhalten sind einerseits die große Zahl der von Regen begleiteten barometrischen Depressionen in der gemäßigten Zone, während sie in den Tropen fast ganz fehlen, andererseits der durch die hohe Temperatur bedingte gleichmäßig große Wasserdampfgehalt und der erhebliche Anteil der Gewitterregen an der Gesamtregenmenge in der Tropenzone.

**Uraufführung in Dresden.** Im Neustädter Schauspielhaus kam Poritzkys Drama „Ueber Nacht" zur Uraufführung. Wie meistens greift Direktor Willi unter den neuen Werken ein unwichtiges heraus. Der Inhalt ist dieser: Gerda (A. Frey) und Justus (K. Marx), ein Bankbeamter, sind bürgerlich-glücklich verheiratet, bis Ferdinand (J. Steiner), Justus' Jugendfreund, krank und innerlich zerbrochen von weiten Reisen zurückkommt. Er gesteht Gerda seine lange verschwiegene Liebe. Abgewiesen, droht er mit Selbstmord und bringt sich um. Er vermacht ihr sein riesiges Vermögen, bringt sie so in das Gerede der Menschen und zerstört damit ihre etwas leere Ehe. Am Ende schreit Gerda ihre Liebe zum toten Ferdinand ihrem Manne ins Gesicht. Der Bankbeamte wird spießig und nicht einmal ganz reell geschildert. Ferdinand wird groß und rein genannt, aber man haßt ihn, weil er Phrasen häuft, mit seinem Leid renommiert und nur von sich redet. Die hohe Sehnsucht, die er zu haben und in Gerda zu erwecken vorgibt, ist nicht die treibende Kraft des Stückes, schwingt nicht in jedem Worte mit. Sie ist im Vorderhirn erdacht und ganz im Papier stecken geblieben. H. G—tt.

**Ein Aufruf der Deutschen Schillerstiftung.** Der Verwaltungsrat der Deutschen Schillerstiftung wendet sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem es heißt: „Wir halten es für unsere unabweisbare Pflicht, wieder und wieder auf die noch immer steigende Not in den Kreisen der deutschen Dichter und Schriftsteller hinzudeuten. Es ist eine brennende Schande, die sich mit Würde und Fortbestehen der deutschen Kultur nicht verträgt, daß die geistigen Erzeuger der deutschen Schriftwerke in immer zahlreicheren Fällen dem Hunger preisgegeben sind. Mit Anspannung all ihrer Kräfte und Mittel vermag die Deutsche Schillerstiftung, seit über 60 Jahren zum Wohl bedrängter deutscher Dichter und deren Hinterbliebener wirkend, die immer dringenderen Hilferufe ihrer Schutzbefohlenen kaum mit bescheidenster Hilfe zu beantworten. Erneut richtet sie an die öffentlichen Stellen und an alle Freunde der deutschen Literatur im In- und Ausland die eindringliche Bitte, ihr in ihrem Hilfswerk beizustehen. Spenden, die diesem Zweck dienen wollen, nimmt die Zentralstelle der Deutschen Schillerstiftung (Konto: Bank für Thüringen, vorm. B. M. Strupp, Weimar, Postscheckkonto: Erfurt 25 778) dankbar entgegen.

**Aus den Theatern.** Im Renaissance-Theater werden an dem in Vorbereitung befindlichen Benedix-Abend, der die Lustspiele „Die zärtlichen Verwandten" und „Dienstboten" bringt, in den Hauptrollen auftreten: Leonie Düval, Gina Falkenberg, Gertrud Kanitz, Ellen Neustädter, F. v. Alten, O. Bach, K. Bernhardt, G. A. Semler. Regie: Theodor Tagger. Bühnenbild: Maxim Frey.

Das Deutsche Opernhaus veranstaltet zugunsten der Berliner Volksspeisung einen Zyklus von Wohltätigkeitsvorstellungen, deren erste am 9. Dezember stattfindet. Unter Blech gelangt „Margarethe" zur Aufführung.

# Bayer 205.

## Die Erfolge der deutschen Schlafkrankheit-Expedition.

Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Kleine, der langjährige Assistent von Robert Koch, ist kürzlich von der zweijährigen Forschungsreise, die er zum Studium und zur Bekämpfung der Schlafkrankheit nach Süd- und Zentralafrika unternommen hatte, zurückgekehrt. Professor Dr. Kleine, der schon vor dem Kriege viele Jahre als Leiter der Bekämpfung der Schlafkrankheit ist Ostafrika tätig gewesen ist, hatte sich diesmal hauptsächlich die Erprobung des von den Farbwerken Bayer in Leverkusen neu entdeckten Mittels („Bayer 205") gegen die Schlafkrankheit zur Aufgabe gemacht. Unterstützt wurde er bei seinen Forschungen von seinem langjährigen Mitarbeiter Oberstabsarzt Dr. Fischer und einer wissenschaftlichen Assistentin am Institut „Robert Koch".

Ueber die Erfolge, die mit dem neuen Mittel sowohl in Nordrhodesien wie auch in den Kongoländern erzielt wurden, äußerte sich Prof. Dr. Kleine einem Vertreter des „W. T. B." in außerordentlich befriedigter Weise. „Man unterscheidet als 1. Stadium der Schlafkrankheit die Blut-, als 2. Stadium die Drüsen-Infektion, als 3. und schwerstes Stadium die Erkrankung des Nervensystems. Man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß Kranke des 1. und 2. Stadiums durch wenige Spritzen in hohem Prozentsatz (mit mehr als 80 Prozent) geheilt werden. Von 95 Kranken sahen wir nach der Behandlung mit Bayer 205 nur bei zwei Kranken des 3. Stadiums die Parasiten wieder ins Blut zurückkehren. Andere Patienten des 3. Stadiums sind ganz geheilt. Bei vorsichtigster Beurteilung des neuen Mittels bei Schlafkrankheit muß ich dennoch sagen, maß es zum mindesten alle bisherigen Mittel, so insbesondere das bisher angewandte Atoxyl bei weitem übertrifft. Es ist ein vollkommenes Novum, da es keine Metalle wie Arsen und Quecksilber enthält. Welche ungeheure Folgen dieses Mittel für die riesigen schlafkrankheitsdurchseuchten Gebiete Afrikas bedeuten, können Sie sich selbst ausmalen. Erwähnen möchte ich hierbei einen Fall einer Heilung eines Europäers. Ein bekannter englischer Kolonialmann, Captain Gordon James, wurde nach vergeblicher Behandlung mit anderen Mitteln im Hamburger Tropenkrankhause von Professor Martin Mayer mit Bayer 205 gespritzt und erfreut sich jetzt blühendster Gesundheit.

Auf dem Gebiete der Tierkrankheiten, Tsetse, waren die Erfolge nicht so in die Augen springend, immerhin aber sehr bemerkenswert. Während bisher gesunde Rinder in Tsetse-Gebieten in allerkürzester Frist erkrankten, zum Skelett abmagerten und eingingen, haben sich die geimpften Tiere monatelang noch in Tsetsegebieten in gutem Zustande erhalten, so daß sie also noch nach Monaten als Schlachtvieh Verwendung finden konnten. Das bedeutet einen großen Erfolg. Ist es doch damit möglich, aus den rinderreichen Gebieten Afrikas durch die Tsetse-Gebiete hindurch die großen Küstenplätze und andere volkreiche, jedoch rinderarme Gebiete mit Schlachtvieh zu versorgen. Es besteht für mich kein Zweifel, daß bei den Versuchen, das Mittel auch für Tsetse zu verbessern, in Kürze ein Präparat hergestellt werden wird, daß auch bei Tsetse eine vollkommene Heilung erzielt."

Im Januar wird Prof. Kleine in der Berliner Medizinischen Gesellschaft einen Vortrag über seine Erfolge halten. Später wird Prof. Kleine seinen Vortrag in London vor medizinischen Autoritäten wiederholen, was der beste Beweis dafür ist, welche Wichtigkeit die Engländer diesem neuen Mittel beimessen.

## Die Anträge des Staatsanwalts

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

**Moosbach,** 7. Dezember.

**Am Schluß der heutigen Beweisaufnahme stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge: Gegen Griffith auf 3 Jahre Gefängnis, gegen Sperber auf 3 Jahre Gefängnis, gegen den Fürsten Gagarin auf ein Jahr Gefängnis und gegen Nelson auf ein halbes Jahr Gefängnis.**

Aus der gestrigen Verhandlung ist noch der Bericht zu erwähnen, den der Ueberfallene selbst von den Vorgängen gab. Bergdoll erzählte: „Ich war acht Tage in Radolfzell und kam am 9. August nach Eberbach, wo meine Mutter eingetroffen war, zurück. Am 10. August waren wir zusammen in Heidelberg und hatten dann in Eberbach im Hotel Krone gegen 9 Uhr zur Nacht gegessen. Meine Mutter wohnte privat, und ich begab mich in mein Zimmer im dritten Stock, Zimmer Nr. 19. Kaum hatte ich die Zimmertür geöffnet, als mich jemand mit beiden Händen um den Hals packte. Ich wurde aufs Bett geworfen, konnte aber nicht schreien, weil ich gewürgt wurde, und meine Stimme versagte. Außerdem bekam ich Schläge mit Totschlägern. Ich biß dem Manne, der mich würgte, in den Daumen, so daß er etwas locker ließ. Auf diese Weise konnte ich meine Pistole hervorholen, entsichern und Straufeuer geben. Später sah ich, daß die beiden Männer am Boden lagen. Schmidt lag am Waschtisch." An einer Skizze erläutert Bergdoll die Lage nach dem Ueberfall.

Die gestrige Beweisaufnahme hat im übrigen den zur Verhandlung stehenden Tatbestand derartig geklärt, daß auf die Vernehmung einer Anzahl von Zeugen verzichtet werden kann. Die Angeklagten sind im wesentlichen geständig.

Die verschiedenen Beschuldigungen, die seitens der Angeklagten, besonders von Griffith, gegen Bergdoll erhoben wurden, konnten nicht erwiesen werden. Die ganze Bestechungsaffäre, die Griffith vorgab, erscheint mehr als Kombination. Daß Bergdoll auf der Flucht Spottkarten an die amerikanischen Behörden geschrieben habe, wird von ihm und seinem früheren Friseur Stecher entschieden in Abrede gestellt. Es bleibt Desertation übrig, die Bergdoll damit motiviert, daß er nicht gegen seine deutschen Stammesbrüder kämpfen wolle.

Der Verhandlungssaal bot heute früh das gleiche Bild wie gestern. Die Verhandlung begann mit dem Plaidoyer des Staatsanwalts Dr. Nebel. In ruhiger, sachlicher Form wies er auf das Aufsehen hin, das der zur Verhandlung stehende Fall in der Oeffentlichkeit erregt hat. Die Momente, die in der Oeffentlichkeit in den Vordergrund gestellt wurden, könnten jedoch im Gerichtssaale nicht zur Sprache kommen. „Ich meine die politische und völkerrechtliche Seite des Falles. Es bleibt also nur die strafrechtliche Seite zur Verhandlung übrig." Es sei unrichtig, jetzt von einem zweiten Fall Bergdoll zu sprechen. Es handele sich hier um einen Fall Griffith und Genossen, darum kann es sich hier auch nicht um den Schutz und die Verteidigung des Herrn Bergdoll drehen, sondern in erster Linie um die Abwehr eines Angriffes auf deutsche Gebietshoheiten.

---

**Rhein-Ruhr-Abgabe am 18. Dezember fällig.** Die dritte Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe war nach dem Gesetz vom 11. August 1923 am 5. Januar 1924 zu zahlen. Im Wege der Verordnung wird die Fälligkeit vorverlegt, und zwar auf den 18. Dezember. Die Höhe der Abgabe beträgt 0,50 Goldmark für je 1000 Mark der Steuerschuld aus 1922. Die Verordnung ist, wie wir hören, vom Reichspräsidenten heute morgen unterschrieben worden.

**Der Gasvertrag im Ausschuß.** Der Vertrag zwischen der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft, den Rütgerswerken und dem Berliner Magistrat ist gestern von den Stadtverordneten in später Stunde einem Ausschuß überwiesen worden. Sein Zustandekommen ist dadurch nicht in Frage gestellt. Die Versammlung wollte nur dem Wunsche der Deutschnationalen Fraktion auf Ausschußberatung nicht widersprechen, weil sonst die Beschlußunfähigkeit des Hauses eingetreten wäre. Die endgültige Abstimmung findet in der nächsten Woche statt.

**„Belegte Stullen."** Ein interessantes Urteil fällte gestern das Sondergericht II gegen zehn Personen, die wegen Landfriedensbruches angeklagt waren. Die zehn Angeklagten gehörten zu einem Trupp von 20 Leuten, die eines Vormittags in eine Bäckerei in der Waldemarstraße eindrangen und von der anwesenden Ehefrau des Bäckermeisters etwas zu essen verlangten. Die 20 Leute erklärten, sie hätten Hunger; man möchte ihnen irgendein Stück Gebäck verabreichen. Die Geschäftsinhaberin langte einige Brote hervor, teilte sie in Schnitte und verabfolgte diese den 20 Eindringlingen. Diese begaben sich hierauf nach einer Schlächterei in derselben Straße, wo der Geschäftsinhaber in der gleichen Weise wie die Ehefrau des Bäckermeisters verfuhr. Der Schlächtermeister verteilte einige Pfund in Stücken geschnittene Wurst, und es gelang ihm auf diese Weise, die ungebetenen Gäste wieder los zu werden. Inzwischen war die Schutzpolizei alarmiert worden, die herbeieilte und die zehn Angeklagten festnehmen konnte; die übrigen Beteiligten entkamen. In der gestrigen Verhandlung gaben sowohl die Ehefrau des Bäckermeisters als auch der Schlächtermeister auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalts Grothusen ein verhältnismäßig günstiges Zeugnis ab. Sie erklärten, daß die Angeklagten nicht Brot erpreßt, sondern nur eine allerdings unter den gegebenen Verhältnissen recht nachdrücklich wirkende Bitte ausgesprochen hätten. Die Zeugen bekundeten weiter, daß sie häufig an Leute derartige milde Gaben auszuteilen pflegten. Das Gericht nahm infolgedessen weder Landfriedensbruch noch Plünderung an, sondern hielt die Angeklagten nur der Bettelei für schuldig und verurteilte sie zu je einer Woche Haft.

## Der Kampf um die Kohlenpreise.

Auf keinen Fall Heraufsetzung.

Zurzeit finden zwischen dem Ernährungsamt der Stadt Berlin und dem Berliner Kohlenhandel Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Kohlenpreise statt. Nachdem das Kohlenamt vor einigen Tagen aufgelöst worden ist, liegt jetzt die Kohlenpreisfestsetzung in den Händen des Ernährungsamtes.

Während das Ernährungsamt auf dem Standpunkte steht, daß sofort eine Verbilligung der Preise durchgeführt werden müsse, hat der Kohlenhandel energisch diesem Plane widersprochen und in einer mit umfangreichem Zahlenmaterial versehenen Denkschrift eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise gefordert. Der Kohlenhandel erklärt, daß in den letzten Monaten die Unkostenspanne von 25 v. H. auf 40 v. H. gestiegen sei, während sich gleichzeitig die Nutzenspanne wegen des bedeutend erhöhten Lohnanteils erheblich verkleinert habe. Im übrigen habe der Kohlenhandel durch die sprunghafte Markentwertung im Monat Oktober große Substanzverluste erlitten, die unbedingt durch einen Aufschlag auf die kommenden vier Monate mit 33 v. H., d. h. für den Monat mit etwa 8 v. H. abgegolten werden müßten.

Ohne Zweifel befindet sich auch der Kohlenhandel in der augenblicklichen Uebergangszeit in einer schwierigen Lage. Sicherlich sind auch die Zahlen im großen und ganzen richtig. Die Nutzenspanne beträgt augenblicklich 7 Prozent, und der Kohlenhandel verlangt deshalb eine Erhöhung der Nutzenspanne auf 15 Prozent, um die erhöhten Unkosten und Steuern decken zu können. Andererseits ist der Umsatz wegen der hohen Preise in der letzten Zeit dauernd zurückgegangen. Es ist zu erwarten, daß bei einer Stabilisierung der Verhältnisse durch eine Steigerung des Umsatzes selbst bei einer sehr geringen Gewinnkalkulation der Nutzen prozentual größer wird.

Auf diesem Standpunkt steht auch das Ernährungsamt. Es glaubt, daß eine Herabsetzung der augenblicklichen Kohlenpreise sehr wohl tragbar sei. Nach dem Plan des Ernährungsamtes wird man vom Kohlenhandel eine Herabsetzung der augenblicklichen Preise um etwa 10 v. H. fordern. Nachdem jetzt der bisherige Papiermark-Entwertungszuschlag, der bei den Kohlenpreisen etwa 20 v. H. ausmachte, in Fortfall kommen wird, erscheint, selbst wenn man den gesteigerten Unkosten des Kohlenhandels Rechnung trägt, ein Preisabbau um 10 v. H. gerechtfertigt. Vor allem läßt auch eine Verringerung des Kohlenpreises um diesen Prozentsatz eine bedeutende Steigerung des Umsatzes erwarten, von dem der Kohlenhandel nur profitieren kann.

Morgen wird, wie uns auf Anfrage von dem zuständigen Dezernenten Dr. Oppler mitgeteilt wird, die entscheidende Sitzung über die künftigen Preise für Brikette und Koks stattfinden. Man erwartet eine Einigung zwischen beiden Parteien auf der Basis einer zehnprozentigen Herabsetzung der augenblicklichen Preise. Im übrigen wird man auch die bisherige Papiermarkberechnung fortfallen lassen und reine Goldmarkpreise einführen.

---

**Keine Verlängerung der Weihnachtsferien.** Hartnäckig erhalten sich Gerüchte, nach denen die Weihnachtsferien für Berlin verlängert werden sollen. Meist wird erklärt, daß vom 15. Dezember bis zum 15. Januar „Kohlenferien sein sollen". Wir vermögen auf das bestimmteste nach Erkundigungen an zuständiger Stelle zu versichern, daß von einer Verlängerung der Ferien keine Rede, und daß auch dem Magistrat von der staatlichen Behörde Mitteilung zugegangen ist, daß dazu keinerlei Absicht besteht. Die Ferien beginnen demgemäß am Freitag, den 21. Dezember, und enden am Dienstag, den 8. Januar.

**Mord in Spandau?** Im Hause Jüdenstr. 14 in Spandau wurde heute morgen der Pensionär Schulz in seinem Keller, der sich unmittelbar an seine Parterrewohnung anschließt, mit einer Schußwunde in der Stirn tot aufgefunden. Die Mordkommission wurde alarmiert, da man der Ueberzeugung ist, daß Schulz im Vorderzimmer seiner Wohnung erschlagen, dann durch die Küche über eine schmale Treppe in den Keller hineingeschleift worden ist. Ein Trommelrevolver lag in dem Zimmer und Blutspuren führen von dem Zimmer durch die Küche nach dem Keller. Die Mordkommission mit den Kommissaren Müller und Geißel hat sich zum Tatort begeben und ist mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

**Kirchenkonzert.** Das Kirchenkonzert des Volksbildungsamts des Bezirks Kreuzberg mußte auf Sonnabend, 15. Dezember, abends 8 Uhr, verschoben werden. Das Konzert findet in der Neuen Garnisonkirche statt. Mitwirkende: Prof. Walther Fischer (Orgel), Felix Robert Mendelssohn (Cello) und Lilly Dreyfuß.

**Wetteraussichten für Berlin und Umgebung.** Ueberwiegend trübe, mit auffrischenden südwestlichen Winden, leichten Regenfällen und Erwärmung. In West- und Mitteldeutschland mild und leichte Regenfälle, in Ost- und Süddeutschland noch keine Niederschläge.

## Avus-Rekordfahrt.

Bisher 900 Kilometer in Eis und Schnee.

Die beiden Eichler-Räder, die, wie wir im Morgenblatt berichteten, auf der Autostraße zu einer Zuverlässigkeitsfahrt gestartet sind, kreisen noch immer unentwegt um die Bahn. Trotz der ungünstigen Bodenverhältnisse — zum Teil Schneedecke mit Grundeis, zum Teil tauiger, durchnäßter Boden — fahren die Räder bis jetzt ohne Panne und halten nur etwa alle 100 Kilometer zur Brennstoffeinnahme. Die Motoren laufen völlig einwandfrei. Die beiden Fahrer Eichler und Plüschow hielten gestern abend noch ohne Ermüdung stand. Sie litten nur während der Dunkelheit unter der Unsicherheit, die sich durch die vielen, die Strecke passierenden Automobile ergab, deren rücksichtsloses Fahren sie wiederholt in Gefahr brachte.

Leider hat der Fahrer der einen Maschine dann auch wegen eines Unfalls abgelöst werden müssen. Ernst Eichler wurde von einem ihn überholenden Automobil mit dessen seitlich angebrachten Ersatzreifen gestreift und flog, sich mit der Maschine zweimal überschlagend, hoch im Bogen in den Straßengraben. Eichler konnte die Fahrt zwar fortsetzen und hielt tapfer weiter durch, wobei er Runden von 19 Minuten (62 Kilometer Stundengeschwindigkeit) erzielte. Als er aber nach 17 Stunden einmal unterbrach, wurde er von Schmerzen übermannt, und so mußte Anton Brunnhuber die weitere Führung der Maschine übernehmen. Günther Plüschow hingegen denkt noch nicht daran, sich ablösen zu lassen. Seine zähe Natur dürfte es ihm ermöglichen, einen Dauerrekord aufzustellen.

Die Nacht nahm für beide Eichler-Fahrer einen bewegten Verlauf. Der tagsüber weich gewordene Schnee fror, und die Fahrbahn wurde sehr glatt; dazu stellte sich Nebel ein, der so dicht war, daß die Lichtkegel der Scheinwerfer kaum einen Meter weit durchdrangen. So konnte es geschehen, daß die beiden Maschinen aneinander gerieten und Brunnhuber dabei schwer stürzte. Er setzte aber die Fahrt weiter fort. Beide Fahrer kamen in der Dunkelheit noch wiederholt zu Fall und waren gezwungen, sehr langsam zu fahren. — Heute früh ist das Wetter etwas wärmer geworden, und der gefrorene Schnee ist teilweise weggetaut. Die Fahrbahn ist dadurch aber nicht besser geworden. Gegen elf Uhr hat Plüschow nach 26stündiger Fahrt 45 Runden zurückgelegt. Brunnhuber liegt mehrere Runden zurück.

## Nach Redaktionsschluß.

(Nachrichten, wiederholt aus einem Teil der Morgenausgabe.)

Das **Gesetz über die französische Wahlreform** wurde, nachdem **Poincaré** die Vertrauensfrage gestellt hatte, von der Kammer mit 408 gegen 127 Stimmen angenommen.

*

Den „Times" zufolge ist die englische Regierung **von Paris** aufgefordert worden, **sich mit Kapital an der Rheinischen Notenbank** zu beteiligen. Frankreich hat in London angeregt, sich Besitzrechte an gewissen Gruben als Reparationszahlung **abtreten zu lassen.**

*

**Das sächsische Wehrkreiskommando** hat angeordnet, daß diejenigen Polizei- und Gendarmeriebeamten, von denen ihrer parteipolitischen Richtung nach nicht zu erwarten ist, daß sie den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen werden, von ihren Posten zu entfernen und auf anderen Stellen zu verwenden sind.

*

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die **Verlängerung der Arbeitszeit** im sächsischen und schlesischen Bergbau sind an der ablehnenden Haltung der Gewerkschaften gescheitert.

*

Auf den Thyssen-Werken ist bekanntgemacht worden, daß beabsichtigt wird, schon in möglichst kurzer Zeit das ganze **bestehende Lohnsystem aufzuheben** und zum reinen Akkordsystem zurückzukehren.

*

In Berlin wurden zwei Versammlungen **rechtsstehender militärischer Geheimorganisationen ausgehoben.** Von den 60 Festgenommenen werden neun Personen dem Richter vorgeführt werden.

*

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung stimte dem **Vertrag der Städtischen Gaswerke mit der Deutschen Petroleum-A.-G.** und den Rüttgers-Werken zu, wonach die Stadt gegen Verpfändung städtischer Grundstücke an die Deutsche Bank 8 Millionen Goldmark als Kredit erhält.

*

Die gestrigen **kommunistischen Demonstrationen** verliefen in Berlin ruhig.

## Handelsnachrichten.

**Der Großhandel zur Frage der Goldmarkbilanzen.**

Der Zentralverband des deutschen Großhandels hat sich in eingehenden Darlegungen zur Frage der Goldmarkbilanzen dem Reichs-Justizministerium gegenüber geäußert. Aus dem Material, das uns zur Verfügung gestellt wird, geht zunächst hervor, daß der Verband einen Zwang zur Führung der Bücher in einer bestimmten Währung ablehnt. Dagegen spricht er sich aus Gründen der kaufmännischen Solidität, der Sicherheit im Kreditverkehr und der Notwendigkeit einer gleichmäßigen Heranziehung aller Kreise zur Steuerzahlung für einen Zwang zur Aufstellung der Bilanz in Goldmark vom nächsten Bilanzstichtage an aus. Voraussetzung hierfür ist jedoch nach Ansicht des Verbandes, daß die entsprechenden handelsrechtlichen Vorschriften in volle Uebereinstimmung mit den steuerrechtlichen gebracht werden. Als eine weitere Voraussetzung gilt die absolute Wahrheit der Börsenkurse, insbesondere der Devisenkurse. Da die Kurse den zurzeit amtlich festgesetzten Kurse entsprechen, würde ein allgemeiner Zwang, die Bilanzwerte zu diesen Kursen umzurechnen, nicht die Wiedereinführung der Bilanzwahrheit bringen. Eine Umrechnung auf Goldmarkwerte sei deshalb nur denkbar unter Ausschaltung der amtlichen Kurse und Zugrundelegung der Weltmarktpreise und direkter Umrechnung zur Goldparität der Goldmark. Die vorherige Schaffung einer Goldmarkwährung hält der Verband nicht für notwendig zur Aufstellung einer Goldmarkbilanz. Ein gesetzlicher Zwang zur Aufstellung einer Goldmarkbilanz müsse deshalb zunächst in ganz allgemeinen Vorschriften gefaßt sein, und Einzelbestimmungen müßten erst in den folgenden Jahren zur Geltung gebracht werden. Der Verband kann sich den gesetzlichen Zwang zur Goldmarkbilanz praktisch nur in Form einer gesetzlichen Vorschrift vorstellen, nach welcher bei der nächsten Abschlußbilanz nach Inkrafttreten alle Bilanzposten, soweit sie den wahren Goldmarkwert übersteigen, auf diesen zu ermäßigen sind.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: i. V. Otto Hanke, Berlin.
Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

# Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 579 · Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. Freitag, 7. Dezember 1923, abends


## Berliner Fondsbörse.

### Bei stillem Geschäft kaum erholt.

Der Geschäftsverkehr an der Börse verläuft nach wie vor äußerst schleppend. Der Ordereingang bei den Banken dürfte heute noch weiter zurückgegangen sein, um so mehr, als auch die Verkäufe des Auslandes so gut wie beendet sein sollen. Es herrschte sogar in der ersten Börsenstunde eher eine leichte Kaufneigung, die hauptsächlich von der berufsmäßigen Börsenspekulation ausging. Zum Teil dürfte es sich um Deckungskäufe, vereinzelt auch um Meinungskäufe unter dem Eindruck des ständig flüssigen Geldmarktes gehandelt haben.

Die innerpolitischen Streitfragen, auch die drohende Reichstagsauflösung blieben dagegen ohne stärkeren Eindruck. Nach den ersten Kursen überwog wieder die Realisationsneigung. Einmal wollte man von Verkäufen der Industrie wissen, die notwendig geworden sind für Bezahlung der etwas reichlicher ihr zufließenden Devisen, ferner aber wurde die Zahlungseinstellung zweier kleinerer Bankfirmen bekannt, die naturgemäß wieder zu Besorgnissen Anlaß gab. Infolgedessen konnten die anfänglichen Kursaufbesserungen, die sich übrigens in sehr bescheidenen Grenzen gehalten hatten, nicht voll aufrecht erhalten werden.

Im weiteren Verlauf unterlag die Tendenz noch mehrfachen Schwankungen, später trat wieder allgemein eine leichte Erhöhung des Kursniveaus ein.

Am Montanaktienmarkt waren die Kursveränderungen sehr unbedeutend. Am stärksten stiegen Hoesch (+ 10 Bill.). Bei allen übrigen Papieren gingen die Steigerungen nicht über 6 Bill. hinaus, meist lagen sie wesentlich darunter. Rheinische Braunkohlen waren sogar auffälligerweise leicht abgeschwächt (— 3). Phönix und Köln-Neuessen anfänglich unverändert.

Unter den Kaliwerten Dt. Kali + 7,5 Bill. stärker erholt, als Reaktion auf die letzten beträchtlichen Einbußen. Die übrigen zeigten Kursschwankungen bis zu 3 Bill. pCt.

Elektrowerte ganz still bei im allgemeinen behaupteten Kursen. Das Gleiche gilt für chemische Papiere. Hier nur anfänglich Scheidemandel etwas lebhafter gehandelt, bei einer Kurssteigerung um 8 auf 50 Bill., ohne daß dieser Gewinn aufrechterhalten werden kann. Die übrigen bis zu 3 Bill. pCt. höher.

Petroleumwerte waren leicht abgeschwächt bei stillem Geschäft.

Unter den übrigen Industriepapieren waren zunächst durchweg Besserungen zu verzeichnen, die allerdings im Verlauf zum größten Teil wieder verloren gingen. Es gewannen u. a.: Berlin-Karlsruher Industrie 8 Bill., Adler-Werke 2,7 Bill. Gefragt waren auch Humboldt Maschinen, die 5 Bill. gewannen und bei denen man von einer Transaktion mit einem anderen Unternehmen wissen wollte. Orenstein & Koppel gewannen 2,9 Bill., Metallpapiere zeigten bei stillem Geschäft ebenfalls leicht befestigte Haltung; Berlin-Burger konnten einen Gewinn von 1,4 Bill. durchsetzen. Schwächer waren Textilpapiere, unter denen Nordd. Wolle (— 5,5) und Hammersen (— 1) schärfer angeboten waren. Im übrigen sind als gesucht zu nennen Schultheiß-Patzenhofer um 1,5 und Dt. Atl. Telegr., die um 1,4 Bill. anzogen.

Schiffahrtswerte lagen uneinheitlich. Interesse bestand für Packetfahrt auf Meldungen von der bevorstehenden Eröffnung neuer Linien (6,75) und ferner waren Rolandlinie (+ 1,25) gefragt, während andererseits Deutsch-Australier angeboten waren.

Sehr ruhig war auch die Umsatztätigkeit am Bankaktienmarkt, wo nur in Handelsanteilen (+ 6,75) und BEW. (+ 2 Bill.) größere Umsätze stattfenden. Im übrigen waren auf diesem Gebiet meist kleine Erholungen zu verzeichnen.

Von Kolonialwerten nannte man Sloman 9 Bill., Diamond 18 Billionen, Salitrera 280 Bill.

Von russischen Werten wurden genannt 1902er Russen 1,1 Bill., Petersburger Intern. 2,5, Russenbank 2,6 Bill.

Uneinheitlich lagen auch heimische Renten sowie ausländische Anleihen, während Türken meist leicht gebessert waren, Ungarn und Anatolier blieben angeboten.

Der Markt der unnotierten Werte zeigte bei stillem Geschäft wenig veränderte Kurse. Man nannte u. a. Huttenlocher 700 Milliarden, Ummendorf 3 Bill., Nikolai Tabak 1,2 Bill., Elitewagen 500 Milliarden, Dt. Chem. Werke 875 Milliarden, Landlicht 500 Milliarden.

#### Notierungen in Billionen Prozent.

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 7. 12. | Dt.Wld. u.H. | 0,6 | Holzm. Glas | 2,25 | Pomona | — |
| Adler Kohle | 20 | Dt. Erdöl | 0,48 | Huttenloch | 0.7 | Pose | 0.5 |
| Agema | 0,35 | Dt.Kol.-Ant. | — | Ipu | 100 | J. Roth AG. | 0,8 |
| AG.f.Petr-I. | 9 | Dt. Lastauto | 2,25 | Kab. Rheydt | 21 | Ruhland W. | — |
| Allemania | — | Dt. Petrol. | 17 | Karstadt | — | Schebera | 1,75 |
| A. Hochbau | 25 | Dortm. Cem | 1,4 | Koch Schiff | — | Schls.-Trier | — |
| Alth.Amb.F. | — | DuxPorzell. | — | Köln-Lind. | — | Schwerdtfg. | 1,1 |
| Bayernw.Hz | 2 | Elektr. Osm. | 0,75 | Krügersh. | 10 | Jul. Sichel | 8 |
| Beck. Kohle | 13 | Evaporator. | 0,725 | Lerche&Nip | 0,3 | Stock & K. | 1,5 |
| BeckerStahl | 11,5 | Fraurth. Pz. | 8 | Lloyd-Dyn. | 0.25 | StoewerMot. | 2,5 |
| Benz | 4 | Frist.&Ross | — | Manoli Zig. | 0,5 | Stralau Glas | — |
| Bln.-Halbst. | 0,7 | Getreide-C. | — | Martins&Bl. | 0,5 | Technik | 0,6 |
| Berlin Bod. | — | Glückauf B. | 2 | Meurer | — | Terra-Film | 0,6 |
| Brand. Futt. | — | Görlitz. Ztrf | — | MeyerTextil | 0,675 | Thür.Uhren | 2,5 |
| Brown Bov. | 2 | Grade-Auto | 0,45 | Muldenthal | 0,4 | Tiag | 1,6 |
| Buciag | — | Grade-Mot. | 2,5 | Müll. Kaffee | 0,8 | TriererWlz. | — |
| Cp.Hisp arg | 400 | Großkr. Fr. | 2 | Nation. Film | 0,4 | Tuchsch.Hlz | 2 |
| do. span. | — | Hannov Kali | — | Nicolai Tab. | 1,2 | Ufa | 2,75 |
| do. Aktien | 1600 | Hasse & Co. | — | Nienbg. Eis. | 0.6 | Ummendorf | 3 |
| Chem. Hahn | 0,4 | Heldburg | 26 | NiwelZigar. | 0,45 | Vema | 0,8 |
| Chem Lübbe | — | Hintz Grün. | 0,7 | Oehring.Bg. | — | Vogtldr.&S. | — |
| Dauerwsch. | — | Hochfrequ. | 8,5 | Olea | 7,5 | Warenkrbk. | 0,12 |
| Dt.Chem.W. | 0,875 | Holsatia | 1 | OswaldFilm | 0,5 | Zeitz. chem. | 9 |

*

### Der Geldmarkt weiter flüssig.

Am Geldmarkt herrschte heute wieder ausgesprochene Flüssigkeit. Der Satz für Tagesgeld stellte sich auf durchschnittlich 1½ pCt. pro Tag, wozu Geld reichlich angeboten blieb. Die Börsenspekulation am Fondsmarkte braucht augenblicklich nur verhältnismäßig geringfügige Summen, während u. a. von seiten des Warengroßhandels, so im besonderen aus der Metallbranche, sehr bedeutende Beträge täglichen Geldes angeboten bleiben.

*

Die Notierung des Bezugsrechtes der Schlesischen Portland-Cement-Fabrik-Aktien wird am 10., 12. und 14. cr. stattfinden.

*

### Die Frankfurter Börse

eröffnete teilweise weiter abgeschwächt. Am Schwankungsmarkte waren Höchster Farbwerke 15, Badische Anilin 23, Norddeutsche Lloyd 9½. Im Freiverkehr nannte man bei ruhigem Geschäft Hansa Lloyd 1¼, Api 8, Becker Kohle und Becker Stahl 10½, Ufa 2¾ (alles in Billionen pCt.).

### Hamburger Börse.

Unter dem iEnfluß günstiger Auslandsmeldungen wurde die Mark am heutigen Devisenmarkt besser bewertet. Hamburger Pfundanleihe wurde mit 16½—17 Billionen genannt. Am Effektenmarkt war die Stimmung uneinheitlich. Schiffahrtswerte hielten sich bei kleinem Geschäft ungefähr auf Mittwochstand. Hapag verloren ⅓, Lloyd ¼, Roland 2 Billionen pCt. Elbe waren unverändert, Hamburg-Süd dagegen plus 2½ Billionen pCt. Von Werft- und Reedereipapieren waren Reiherstieg unverändert. Bahnen still. Hochbahn unverändert. Lübeck-Büchener plus ½. Am Markt der heimischen Industriepapiere überwog die Nachfrage. Es gewannen: Breitenburg ½, Merck Guano 1, Stern Sonneborn 1, Thoerl ½, Schlinck 1, Nobel ½, Schwartauer Honig ¼ Billionen pCt. Es verloren Harburg-Wien ¼. Tägliches Geld 4 pCt.

**Konvertierung des Aktienkapitals in Gold.** Zu den Meldungen, wonach die Bank für Ton- und Ziegelindustrie A. G. einer G.-V. die Umwandlung des Aktienkapitals in wertbeständige Währung vorschlagen will, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Die Bank, die mit 240 Mill. Papiermark Aktienkapital gegründet wurde, hat davon 223 Mill. M. an die Aktionäre begeben. Von den restlichen 17 Mill. M. Aktien, die sich im Tresor der Bank befinden, sollen, nach dem Beschlusse einer G.-V., 15 Mill. Mark Aktien derart in Gold ungewandelt werden, daß je 1000 M. in einen Dollar umgewandelt werden. Die 15 Mill. M. Aktien würden also danach ein Aktienkapital in Höhe von ungefähr 63 000 Goldmark darstellen. Diese neugeschaffenen Goldaktien werden den alten Aktionären im Verhältnis 16 : 1 angeboten. — Die G.-V. am 29. d. M. soll über die weitere Umwandlung des gesamten Aktienkapitals in Gold- oder Rentenmark befinden.

## Berliner Produktenverkehr.

Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war heute etwas freundlicher bei eher etwas festeren Preisen. Das Angebot blieb sehr knapp. Man hat den Eindruck, als wenn die Offerten, speziell der ersten Hand, den Berliner Markt zu meiden beginnen und in wachsendem Umfange nach der Provinz gelegt werden. Namentlich Hafer, der vielfach verlangt wird, war kaum erhältlich. Das Geschäft in Mehl lag unverändert still.

Rauhfutter: Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,10, do. Haferstroh 0,60—0,80, do. Gerstenstroh 0,60—0,80, Roggenlangstroh —, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, loses Krummstroh —, Häcksel 1,85, handelsübl. Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50 Goldmark.

Frühmarkt: Hafer 17,50—18,00, Gerste 22,00, gelber Platamais 24,00, Roggenkleie 7,50—8,00 Goldmark.

**Amtliche Berliner Produkten-Notierungen** vom 7. Dezember.
**Preise in Goldmark** auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

| Produkte | heute | Vortag | Produkte | heute | Vortag |
|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, märk. | 182—184 | 177—182 | Vikt.-Erbs. | 48,00—58,00 | 48,00—58,00 |
| „ pomm. | — | — | Kl. Speise | 32,00—36,00 | 33,00—36,00 |
| „ schles. | — | — | Futtererbs. | — | — |
| Roggen, märk. | 161—162 | 157—161,5 | Peluschken | 17,00—19,00 | 17,00—19,00 |
| „ pomm. | — | — | Ackerbohn. | — | — |
| „ schles. | — | — | Wicken | — | — |
| „ westpr. | — | — | Lupin. blaue | — | — |
| Gerste, Sommer- | 164—166 | 164—166 | do. gelbe | — | — |
| „ schles. | — | — | Serradella | 20,00—23,00 | 20,00—23,00 |
| Hafer, märk. | 144—148 | 146—150 | Rapskuchen | 13,00 | 13,00 |
| „ pomm. | — | 145—149 | Leinkuchen | — | — |
| Mais loko Berlin | — | — | Trocken- | | |
| waggonfr. Hamb. | — | — | schnitzel | 7,50—7,75 | 6,9—7,00 |
| Weizenmehl | 28,00—32,50 | 28,5—33,5 | Vollw. Zuck. | | |
| Roggenmehl | 26,50—30,00 | 27,00—30,5 | Schnitzel | 19,00 | — |
| Weizenkleie | 7,00—7,20 | 7,00—7,20 | Kartoffel- | | |
| Roggenkleie | 7 | 7 | flocken | — | 19,00 |
| Raps | 330 | 330 | Torfmelasse | | |
| Leinsaat | — | — | Mischg. 30/70 | 20,00—21,00 | — |

Tendenz: Weizen und Roggen fester, Gerste, Weizenmehl ruhig, Hafer matt, Kleie und Raps still.

**Die Entlastung der Reichsbank von Reichsschatzwechseln.** Wie gestern mitgeteilt, sind in der zweiten Novemberwoche die Bestände der Reichsbank an diskontierten Reichsschatzanweisungen bis auf rund 190 Trillionen Mark gestiegen, d. h. fast genau bis zu der Grenze von 191 Trillionen Mark, die am 14. November die gesamten schwebenden Reichsschulden dieser Art erreicht hatten. Mit dem 15. November hat die Rentenbank ihre Tätigkeit begonnen, die zunächst darin bestand, das Reich mit der Gewährung von Krediten zu unterstützen. Dazu gehört zugleich, daß die Rentenbank dem Reich bis zu 300 Millionen Rentenmark (a conto der ihm insgesamt zu gewährenden 1200 Millionen) als zinsloses Darlehen zur Verfügung stellt. Diese 300 Millionen hat das Reich wiederum zur Einlösung seiner bei der Reichsbank diskontierten Schatzscheine zu verwenden. Auf Grund dessen ist die Ausgabe der Rentenmark begonnen worden und in Fluß gekommen. Die Reichsbank ist also jetzt in das Stadium einer Entlastung von Schatzwechselkrediten des Reiches getreten, für die sie mit Rentenmark abgefunden wird; und diese Rentenmark verkauft die Bank gegen ihr präsentierte Papiermark an den Verkehr. Der nächste Ausweis der Reichsbank, derjenige vom 23. November, wird nun, soweit sich übersehen läßt, noch keine besonders starken Verschiebungen zugunsten des Reichsbank-Status bringen, und zwar deshalb nicht, weil mit der Ausgabe der Rentenmark erst am 19. November im größeren Stile angefangen wurde. Es ist anzunehmen, daß bis zum 23. November die Entlastung des Schatzwechselkontos sich auf nicht mehr als einige Trillionen belaufen hat. Desto kräftiger wird aber die Entlastung der Reichsbank in dem Ausweis vom 30. November hervortreten.

**Die Errichtung der polnischen Notenbank.** Das Redaktionskomitee des polnischen Ministerrats nahm heute, wie uns aus Warschau gedrahtet wird, den Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer Emissionsbank an. Die Zettelbank führt den Namen „Polnische Bank", deren oberste Leitung der Bankrat führt, dessen Präsident vom Staatspräsidenten auf sechs Jahre ernannt wird und dessen neun Mitglieder von der G.-V. gewählt werden. Dem Bankrat gehören außerdem ein Regierungskommissar an, der Beschlüsse der Bankleitung und der Generalversammlungen aufhalten kann. Das Aktienkapital beträgt 100 Mill. Goldfranken, eingeteilt in Aktien zu 250 Goldfranken. Die von der Zettelbank ausgegebenen Noten müssen bis 30 pCt. durch Gold und fremde Valuten gedeckt sein. Der Gesetzentwurf soll bereits in den nächsten Tagen dem Sejm zugehen. — das ganze Bankprojekt hat natürlich vorerst nur akademischen und propagandistischen Wert, wie das gesamte Sanierungsprogramm des Finanzministers Kucharski, das mehr denn je in der Luft hängt und selbst im eigenen Lager auf immer ernsteren Widerstand stößt.

**Neue bauliche Veränderungen im Berliner Börsengebäude.** Im Börsengebäude sind seit einiger Zeit wieder bedeutende Bauarbeiten im Fluß. Sie betreffen die Einrichtung eines neuen großen Garderobenraumes unter den Börsensälen. Die Kellerräume werden bisher unter den beiden alten Fondsbörsensälen und dem neuen Fondsbörsensaal durch Telephonanlagen ausgenutzt. Der Raum unter dem Produktenbörsensaal war hingegen zum großen Teil als Weinkeller vermietet, während er zum kleineren Teil für den Druck des amtlichen Kurszettels diente. Hier nun, unter dem Produktenbörsensaal, ist eine neue große Garderobenanlage im Werden begriffen. Sie umfaßt die Räume der früheren Kurszetteldruckerei und den größeren Teil des Borchardtschen Weinkellers. Nur ein kleiner Rest des letzteren ist noch für seinen alten Zweck reserviert geblieben. Der neue Garderobenraum hat seinen Zugang von der Ecke der Burg- und St. Wolfgangstraße. Seinen Eingang zu den Börsensälen hat er in der Mitte der Säulenhalle, die den Produktenbörsensaal vom zweiten (alten) Fondsbörsensaal trennt. Für nicht weniger als 2800 Personen ist neue Gelegenheit zur Abgabe der Garderobe geschaffen worden und damit zweifellos beträchtlich über die augenblicklichen Bedürfnisse hinaus für lange Zeit Vorsorge getroffen. Die Neuerung erwies sich als sehr notwendig, denn die Garderoben der Börse sind jetzt in einer Weise überlastet, daß eine unbedingte Sicherheit kaum noch garantiert werden kann. Zugleich ist die Gelegenheit benutzt worden, im neuen Keller 58 weitere Telephonzellen anzulegen. Sie sind bereits sämtlich vermietet, zumeist an die Bankwelt. Die ganze Neuanlage wird voraussichtlich zu Beginn des neuen Jahres dem Betriebe übergeben werden können. — Erwähnt sei noch eine kleinere bauliche Veränderung in der Börse; sie betrifft die Herstellung eines besseren Einganges von der Burgstraße und Neuen Friedrichstraße. Daselbst wird eine neue große Drehtür nach Art derjenigen eingerichtet, wie sie schon jetzt alle anderen Eingänge zur Börse besitzen.

## Dollar 4,2 Billionen.

**1 Dollar Schatzanweisungen . . . . . . = 4,4 Billionen Papierm.**
**1 Dollar Goldanleihe (4,20 Goldmark) = 4,2 Billionen Papierm.**
**1 Gold- oder Rentenmark . . . . . . . = 1 Billion Papiermark.**

Die Markbewegung an den ausländischen Börsen vollzog sich heute vormittag etwa auf dem gestrigen Niveau, von leichten Schwankungen abgesehen. Im allgemeinen ließ sich sowohl in Amsterdam als auch in London selbst die gleiche Parität von etwa 19—20 Billionen für London beobachten. Auch die Kurse, die aus dem Rheinlande zu hören waren, hielten sich etwa auf demselben Niveau.

Am hiesigen Devisenmarkt sind ebenfalls kaum Veränderungen gegen gestern eingetreten. Der Orderbestand entspricht im großen und ganzen dem des Vortages. Auch die Kursfeststellung erfolgte zu den gleichen Notierungen wie gestern. Kabel New York wurde wieder auf 4,2 Billionen festgesetzt, London auf 18,3 Billionen. Die Differenz in dem Kurs London gegen gestern ergibt sich daraus, daß die englische Valuta unter dem Eindruck des Wahlausfalls gegen New York wesentlich schwächer liegt, und zwar mit 4,34½—4,35 nach 4,38.

Dementsprechend zeigt auch eine Reihe anderer Valuten etwas abweichende Notierungen. Ebenso flau wie das Pfund liegt auch der französische Franken, London gegen Paris 82 B.

Die Zuteilung wurde in den Hauptvaluten London, Holland, Kabel New York, ferner Belgien und Schweiz auf 3 pCt. bemessen. Auch in Paris erfolgte eine Zuweisung von 2 pC., auf Kopenhagen, Italien von 5 pCt., Christiania, Stockholm, Spanien und Buenos Aires von 10 pCt.

Auch am Notenmarkt war die Situation etwa die gleiche wie gestern. Dollarnoten, große Abschnitte, wurden mit 2, Pfundnoten, große Abschnitte, mit 3, kleine mit 2 pCt. berücksichtigt. *Auf holländische Gulden entfielen 2 pCt.*, auf schwedische Kronen 3, norwegische und dänische Kronen 10 pCt.

*

Am Markt der Dollarschatzanweisungen, die gestern mangels Materials wieder gestrichen Geld gewesen waren, konnte heute wieder eine Kursfeststellung bei verhältnismäßig sehr starker Zuteilung erfolgen. Dies hängt damit zusammen, daß von seiten einiger Großbanken erheblichere Beträge zur Verfügung gestellt wurden, während andererseits der Bedarf, der sich im wesentlichen aus Kleinorders zusammensetzt, heute nicht so erheblich war. Infolgedessen konnten bei einem Kurse von 4,4 Billionen die Anforderungen mit etwa 50 pCt. befriedigt werden.

In Goldanleihe lag heute keineswegs ein erheblicher Bedarf vor, andererseits erfolgten auch Abgaben in nicht außergewöhnlichem Umfange, so daß heute bei einem Kurs von 4,2 Bill. wieder nur eine Zuteilung von ca. 80 pCt. vorgenommen werden konnte.

*

**Keine selbständige Devisennotierung in Köln.** Wie wir hören, ist in den Verhandlungen zwischen der Reichsbank und den Vertretern der Kölner Devisenbörse in der Frage der Kölner Devisennotierungen eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß eine selbständige Notierung der Devisen in Köln auch in Zukunft unterbleibt. Die Kölner Devisenbörse soll sich wieder dem Berliner Platz anschließen und ihre Orders, die allerdings in wesentlich schärferer Form als bisher zu prüfen wären, in Berlin einreichen. Die Zuteilung sowie die Kursfeststellung würde dann in Uebereinstimmung mit den bisherigen Notierungen erfolgen. Es ist anzunehmen, daß diese Einigung auch die Zustimmung der zuständigen Kölner Kreise finden wird.

**Neue Schwierigkeiten im Berliner Bankgewerbe.** Die Insolvenzkommission der Fondsbörse hatte sich nach mehrtägiger Pause heute wieder mit einigen Fällen zu beschäftigen. Als Resultat der Untersuchungen wurde bekannt, daß zwei Bankfirmen von der Aufgabe bei den Kursmaklern ausgeschlossen worden sind. Während bei der einen dieser beiden Firmen noch nicht klar zu übersehen ist, ob es zur Zahlungsunfähigkeit kommen wird, ist in dem andern Falle dieser Zustand bereits eingetreten. Er betrifft das Bankhaus Albert Schappach u. Co. Nachfolger. Beide Fälle sind übrigens, wie noch bemerkt sei, von untergeordneter Bedeutung für den hiesigen Platz.

**Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. Schwartzkopff.** Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1922/23 weist nach Abschreibungen aller Anlagewerte auf 1 M. einen Reingewinn von rund 7 Milliarden Mark aus. Der G.-V. wird vorgeschlagen werden, eine Dividende in der Form zur Ausschüttung zu bringen, daß auf je 15 000 M. Stammaktien eine Schatzanweisung des Deutschen Reiches über 5 Dollar entfällt. Kleinere Posten und Spitzen werden durch Zahlung von 30 Rentenpfennig für je 200 M. Nominalkapital ausgeglichen.

**Milderung der Bankkonditionen.** Wie die „B. Z. am Mittag" erfährt, werden von den Großbanken von Montag ab für ausgeliehenes Geld der Bank nur noch 6 pCt. Debetzinsen pro Tag berechnet. Bei Effekten-Tauschoperationen erfolgt die Valutierung nicht mehr wie bisher zu verschiedenen Terminen, sondern am gleichen Tage. Die Mindestgrenze bei Aktienkäufen scheint nicht mehr ganz so scharf wie bisher gezogen zu werden; es soll vorkommen, daß man auch weniger als 6 Aktien erwerben kann.

Die Vereinigung von Banken und Bankiers im Rheinland und Westfalen teilt mit, daß die ihr angeschlossenen Kölner Banken und Bankiers mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen erfolgte Erleichterung des Geldmarktes beschlossen haben, die vor kurzem auf 10 pCt. pro Tag festgesetzte Kreditgebühr vom 10. Dezember ab bis auf weiteres auf 6 pCt. vom Gesamtvorschuß pro Tag einschließlich Zinsen zu ermäßigen.

**Adlerwerke vorm. Heinr. Kleyer A.-G., Frankfurt a. M.** Einer am 3. Januar stattfindenden ao. G.-V. wird eine Kapitalserhöhung um bis 650 auf bis 1080 Mill. M. durch Ausgabe von bis 214 000 Stammaktien über je 1000 M. und von 6000 Namensvorzugsaktien über je 1000 M. vorgeschlagen.

**Die Klage gegen die „Adler" Portland-Zement-A.-G.** In der Klage einer Aktionärgruppe auf Nichtigkeit der Generalversammlungsbeschlüsse vom 1. Oktober betr. die Erhöhung des Grundkapitals um 35 auf 51,6 Mill. M. stand gestern abermals Termin vor dem Landgericht III in Charlottenburg an. Das Gericht beschloß, von der Klägerin eine Sicherheitsleistung von 3 Millionen Goldmark, zahlbar in wertbeständigem Gelde innerhalb 14 Tagen, zu verlangen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht daran denken müßte, die Beklagte vor Schaden zu bewahren. Es sei aber bei Festsetzung der Summe zu einem Betrage gekommen, der weit hinter der Summe zurückbleibt, von der das Gericht geglaubt hatte ausgehen zu müssen. Es sei dies deshalb geschehen, weil man bei der angestellten Berechnung zu ungeheuren Beträgen gekommen ist, die aufzubringen niemand möglich ist, und weil man auch auf der anderen Seite die Interessen der Klägerin zu schützen hatte.

### *Dividende.*

Stärke-Zuckerfabrik A.-G. vorm. C. A. Koehlmann, Frankfurt a. d. O.: 3 Goldmark für je 1200 M. nom. (i. V. 10 pCt.).

# Weiterer Verlauf der Börse.

Am Schluß der Börse kam es auf verschiedenen Marktgebieten zu einer leichten Erholung, so daß vereinzelt sogar die Anfangskurse wieder erreicht wurden. Nur wenige Papiere schließen zum niedrigsten Tageskurse ab. Erholt sind folgende Papiere (alles in Billionen): Harpener mit 78 nach 75, Gelsenkirchen mit 59,7 nach 58,0 nach 62,0, Mannesmann mit 35,5 nach 34,0, Chem. Heyden mit 7,5 nach 7,25, dagegen niedriger Goldschmidt mit 16 nach 17, Höchster mit 16 nach 18, Kattowitzer 51 nach 55 und Buderus 21 nach 23.

Der Kassamarkt zeigte auf den meisten Gebieten leichte Erholungen. Als stärker gefragt sind zu nennen: Verkehrswesen 30 Bill., Rositzer Zucker 15 Bill., Ver. Jute 3,5 Bill., Anhalter Kohlen 4,5, Grube Eintracht 9 Bill., Braunschw. Kohlen 19 Bill., Schröder Margarine 9 Bill., Berliner Hotel-Gesellschaft 3 Bill. Niedriger waren: Oppelner Zement 2,9, Kammerichwerke 8 Bill.

### 2-Uhr-Kurse:

Daimler 3,5, Hirsch Kupfer 52, Ilse Bergbau 29, Hammersen 11,8, Laurahütte 18,5, AEG. 9,75, Gesellschaft für elektr. Unternehm. 9,5, Schuckert 40, Elektr. Licht u. Kraft 10, Deutsch-Luxemburg 57, Gelsenkirchen 59, Caro 21,5, Oberbedarf 21,5, Phoenix 38,75, Harpener 76, Rheinstahl 40, Riedel 8, NAG. 3,1, Schultheiß 6,75, Orenstein 13,5, Salzdetfurth 27, Leonhard Tietz 3,5, Telefon J. Berliner 6,25, Hochfrequenz 17, Charlottenburger Wasser 8, Hapag 42, Norddeutscher Lloyd 9,25, Hansa 17, Hamburg-Süd 43, Adler Fahrrad 4,25, BEW. 9, Barmer Bank 4,5, Darmstädter 6,75, Disconto 17,5, Mitteldeutsche 2,75, Deutsche Bank 9,6, Dresdner 5,75, Commerzbank 4,9, Görlitzer Waggon 8,5, Rhenania 14, Sloman 8, Salitrera 280, Deutsche Erdöl 47,75, Deutsche Petroleum 17.

Ostdevisen: Auszahlung Bukarest 21 392—21 608, 2 pCt. rep.; Riga 16 475—16 725, 5 pCt. rep.; Reval 11 910—12 090, 37½ pCt. rep.; Kowno 415 800—424 200, 10 pCt. rep.; Kattowitz 1,185—1,215, 50 pCt. repart. — Noten: Poln. Mark 1,145—1,205, 80 pCt. rep.; lett. Rubel 15 600—16 400, 12½ pCt. rep.; estn. Mark 11 015 11 585 voll zugeteilt, Lit. 405 000—425 000, 7 pCt. repartiert.

**Umwandlung bayrischer Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften.** Die Bayerische Staatliche Salinenverwaltung hat eine Vorlage an den Landtag ausgearbeitet, welche die Umwandlung der Bayerischen Staatlichen Salinenbetriebe in die Form einer Aktiengesellschaft vorsieht. Es handelt sich um einen Teil des Umstellungswerkes der bayerischen staatlichen Betriebe, die alle in die Gesellschaftsform von Aktiengesellschaften gebracht werden sollen oder zum Teil schon gebracht worden sind.

**Reichsbund-Bank A.-G.** Das Unternehmeen wird, wie wir erfahren, in erster Reihe die Vermögensverwaltung der höheren Beamten betreiben. Die Zulassung des Unternehmens zur Börse ist bereits in die Wege geleitet.

**Der Einfuhrhandel für billigere Frachten.** Der Verband des Hamburger Einfuhrhandels hat, einer Drahtmeldung unseres dortigen Mitarbeiters zufolge, an das Reichsverkehrsministerium eine Eingabe gerichtet, in der eine Herabsetzung der Frachtraten, und vor allem eine Aenderung der Tarifierung für die Transitgüter gefordert wird. Die Konkurrenzfähigkeit Hamburgs werde neben den hohen Spesensätzen des Hafens, in denen sich glücklicherweise einige Verbesserungen zeigen, vor allem durch die zu hohen Frachtsätze der Eisenbahn beeinträchtigt, die über Friedensgoldparität stehen und die Frachtraten anderer Länder zum Teil erheblich übersteigen.

**Neue Aktiengesellschaften.** Unter der Firma Chlorkalzium-Futterkalk-Marmulla-A.-G. wurde mit dem Sitz in Berlin und einem Grundkapital von 20 Billionen Mark eine A.-G. gegründet. — Weiter wurde unter der Firma A.-G. für Speisefettfabrikation in Magdeburg mit einem Anfangskapital von 200 Mill. M. ein neues Unternehmen gegründet, das sich die Aufgabe gestellt hat, die Fabrikation von künstlichen Speisefetten einzurichten.

**Weitere Handelsnachrichten siehe Hauptblatt 4. Seite.**

Hochelegante
**Herren-, Speise-, Schlafzim.,**
Damenzim., Polstermöbel, erstkl., aparteste Modelle, **sehr billig.**
Möbelh. F. Schoenfeldt, Potsdamer Str. 90, hochpt.

# Amtliche Kurse der Berliner Börse vom 7. Dezember 1923

**Notierungen der festverzinslichen deutschen Werte in Milliarden Prozent, der ausländischen festverzinslichen und der Aktienwerte in Billionen Prozent.**

## Fortlaufende amtl. Notierungen.

| Festverz. Werte | | | Einh.-Kurse heute | vor. |
|---|---|---|---|---|
| Dt.Doll. Sch. | | | | 4400 |
| Dt.Schatz 16 IV-V | 4½ | | | — |
| do. 6-9 Agio | 4½ | | | — |
| do. fällig 24 | 4½ | | | — |
| Dt.Reichs-A. | 5 | 85 | | 120 |
| do. | 4 | 700 | | 850 |
| do. | 3½ | 400 | | 400 |
| do. | 3 | 3250 | | 3000 |
| Pr. Schatz | 7-15 | | | — |
| P.Schatz 24 | 5 | | | — |
| do. 1.5.25 | 5 | | | — |
| do. ausl. | 4 | | | — |
| do. Hibernia | 4½ | | | — |
| Pr. kns. Anl. | 4 | 500 | | 650 |
| do. | 3½ | 450 | | 510 |
| do. | 3 | | | — |
| Bayer.St.-A. | 4 | | | — G |
| do. | 3½ | | | — G |
| **In Billionen Prozent** | | | | |
| Mazed. Gold | 3 | | | 6 |
| Mexik. Anl. | 5 | 78 | | 73 |
| do. | 4 | | | — |
| Mexik. Bew. | 4½ | | | — |
| Oest.Sch 14 | 4½ | | 1,9 | 1,4 |
| - am.Eis.-A. | 4½ | | 0,75 | 0,7 |
| Oest.Gold R. | 4 | | 4,7 | 4,8 |
| Oest. Kr.-R. | 4 | | 0,57 | 0,4 |
| do. knv. J.J. | 4 | | 0,35 | 0,4 |
| do.knv.M.N | 4 | | | 0,6 |
| do. Silber | 4½ | 0.9 | 1 | 1 |
| do. Papier | 4½ | 0,44 | | 0,3 |

| Telegr. Auszahlg. Reichsbk.-Disk. 90% | Bank-Disk. | In Millionen Mk. Geld 7. 12. | Brief | In Millionen Mk. Geld 6. 12. | Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland . . 1 Guld. | 4 | 1596000 | 1604000 | 1596000 | 1604000 |
| Belgien . . 1 Frank | 5½ | 193515 | 194485 | 195510 | 196490 |
| Christiania . 1 Krone | 7 | 626425 | 631575 | 626425 | 631575 |
| Kopenhagen . 1 Krone | 6 | 748125 | 751875 | 750120 | 753880 |
| Schweden . 1 Krone | 5½ | 1101240 | 1106760 | 1101240 | 1106760 |
| Helsingfors . 1 finn.M. | 10 | 103740 | 104260 | 103740 | 104260 |
| Italien . . 1 Lira | 5½ | 181545 | 182455 | 181545 | 182455 |
| London . . 1 Lstr. | 4 | 18254250 | 18345750 | 18354000 | 18446000 |
| New-York . 1 Doll. | 4½ | 4189500 | 4210500 | 4189500 | 4210500 |
| Paris . . . 1 Frank | 5 | 223440 | 224560 | 227430 | 228570 |
| Schweiz . . 1 Frank | 4 | 730170 | 733830 | 732165 | 735835 |
| Spanien . . 1 Peseta | 5 | 546630 | 549370 | 546630 | 549370 |
| D.-Oest. abg. 1 Krone | 9 | 59,850 | 60,150 | 59,850 | 60,150 |
| Prag . . . 1 Krone | 5½ | 123690 | 124310 | 123690 | 124310 |
| Budapest . . 1 Krone | 18 | 223,440 | 224,560 | 219,450 | 220,550 |
| Buen.Aires 1 Pap.-Peso | — | 1316700 | 1323300 | 1316700 | 1323300 |
| Bulgarien . 1 Leva | 6½ | 31920 | 32080 | 32518 | 32682 |
| Japan . . . 1 Yen | — | 1995000 | 2005000 | 1995000 | 2005000 |
| Rio de Janeiro 1 Milr. | — | 395010 | 396990 | 395010 | 396990 |
| Jugoslawien 1 Dinar | — | 47281 | 47519 | 47281 | 47519 |
| Portugal . . 1 Escudo | — | 154612 | 155388 | 154612 | 155388 |

**Unsere Abonnenten erhalten den vervollständigten Kurszettel**